

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

108 (11.5.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Wegpreis: Durch unsere Träger 4.— M. einsch. 80 3 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.60 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelheft 20 3.

Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 11 und 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1/2 spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Vorkereitungen für Spa.

Paris, 10. Mai. Wie der „Matin“ mitteilt, ist gestern der Ministerpräsident Millerand von der englischen Regierung eingeladen worden, nach England zu kommen, um das Programm der Konferenz von Spa festzusetzen.

Rom, 10. Mai. Der offizielle „Tempo“ schreibt: In Spa wird Deutschland offiziell im Schoße der internationalen Diplomatie unter vollkommener Gleichheit der Bedingungen wieder erscheinen.

Brüssel, 11. Mai. Der Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten hat bestätigt, daß die Konferenz in Spa wahrscheinlich verschoben werden wird, und daß deshalb auch der Beginn der internationalen Finanzkonferenz bis Anfang Juli vertagt werden müsse.

Nitti über die Aufgaben von Spa.

Brüssel, 10. Mai. (Kammer.) Bei der Besprechung von Interventionen über die ausländische Politik sagte Ministerpräsident Nitti in der Kammer über die Konferenz von Spa: Dieser Konferenz komme eine große politische Bedeutung zu. Die Alliierten würden dort zu prüfen haben, welche von Deutschland übernommenen Verpflichtungen aufrecht erhalten werden sollen. In Bezug auf die Wiedergutmachung würde man Deutschland Gelegenheit geben, eine runde Summe zu nennen, die von Seiten der Alliierten mit Unparteilichkeit geprüft werden würde. Einem deutschen Verlangen nach Befreiung der Geschäfte und der Flugzeuge werden die Alliierten aber nicht entsprechen können. Dagegen würden alle deutschen Wünsche, die die Verbesserung seiner Produktion betreffen, wohlwollend und eingehend geprüft werden, denn ganz Europa habe ein Interesse daran, daß Deutschland sich wirtschaftlich wieder erhole, was aber auch für die anderen besiegten Länder gelte.

Das holländisch-deutsche Lebensmittelabkommen.

Nach der zwischen der deutschen und der holländischen Regierung getroffenen Übereinkunft sollen, wie verschiedene Morgenblätter mitteilen, 30 500 000 Gulden für den Ankauf von Lebensmitteln in holländisch-Indien ausgegeben werden. Die holländische Regierung verpflichtet sich, 5000 Tonnen Weizen zum Betrage von 1 570 000 Gulden an Deutschland zu verkaufen, ferner 5400 Tonnen Fleisch zum Betrage von 6 750 000 Gulden. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, geringe anzukaufen zum Betrage von 3,5 Millionen Gulden, Milch- und Milchprodukte zum Betrage von 6 Millionen Gulden, Kaffeebohnen und Kaffeebohnen für 2 660 000 Gulden, Tee für 8 Millionen Gulden, Zermelade zu 1 Million Gulden.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 10. Mai. Die Agence Havas verbreitet folgende Meldung über den Streik: Die Bauarbeiter in Bordeaux, die Hafenarbeiter in Versailles, die städtischen Angestellten in Lille, die Hafenarbeiter in Grenoble beschließen, den Streik der Folge zu leisten. Die Gruppe der Metallarbeiter des Departements Nord, sowie die Städte Lille, Arras, Valenciennes, Cambrai, Roubaix, Dunkirchen usw. beschließen heute vorzutreten. Die Arbeit einzustellen.

Nach den heute vorliegenden Berichten der Polizeipräfectur in Metzgeren Kadaver, die das gesamte Berufsamt untergeordnet zur Arbeit erziehen, so daß der Verkehr vollständig normal durchgeführt werden kann. Auf der Nord-Südbahn läuft der Verkehr ebenfalls normal. Der Dienst der Straßenbahn und der Omnibusse kann auf allen Linien aufrecht erhalten werden.

St. Etienne, 10. Mai. Sämtliche Gewerkschaften haben heute den Generalstreik beschlossen.

Marseille, 10. Mai. Die organisierten Arbeiter haben heute den Generalstreik beschlossen.

Eine Ehrung Webels durch die Stadt Köln.

Auf Anregung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Köln hat das Stadtvorordnetenkollegium einstimmig, also einschließlich der Deutschnationalen, beschlossen, einen Platz in Köln-Deutz Webelplatz zu nennen. Der Platz liegt in unmittelbarer Nähe des Rathes, wo die vor einigen Jahren der Entsetzung zum Opfer gefallene Kaimatte stand, in der Webel am 22. Februar 1840 als Sohn eines preussischen Unteroffiziers geboren wurde. Diese Gegend ist infolge des Abbruchs der Bautätigkeit durch den Krieg bisher noch wenig erschlossen, wird aber später zu den schönsten und zukunftsreichsten Teilen des rechtsrheinischen Köln gehören. Oberbürgermeister Adenauer, ein Zentrumsmann, würdigte unsern August Webel in einer kurzen Ansprache als einen großen Sohn Kölns, der seiner Vaterstadt bis ins hohe Alter Anhänglichkeit bewiesen habe. Alle fürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, nahmen die Ehrung Webels achtingsvoll entgegen.

Die Richtlinien des Zentrums.

Die Richtlinien des Zentrums. In der „Germania“ werden die Richtlinien für die Zentrumswahlagitiation aufgestellt. Der zukünftige Reichstag, heißt es in dem Artikel, darf keine soziale demokratische Mehrheit haben. Die Gefahr einer einseitigen Massenheerführung wird mit ihr beaufschworen. Die Hauptgefahr der sozialdemokratischen Mehrheit droht aber von den Unabhängigen. Zwar werden sie nicht allein die Majorität erzielen können, wohl aber liegt die Möglichkeit vor, daß sie durch den zu erwartenden Zuwachs mit anderen sozialistischen Parteien zusammen diese Mehrheit zustande bringen können. Gegen die Deutschnationalen werde das Zentrum einen energischen Kampf führen müssen. Von ihnen gelte nahezu das gleiche wie von den Unabhängigen. Ihr Ziel sei die Errichtung einer einseitigen Herrschaft, unter der das Reich nicht gedeihen könne. Das erste Ziel der Wahlarbeit müsse sein, das Zentrum so stark zu machen, keine Verhinderung, sondern ein geschlossenes, alltagsfähiges, festes Zentrum müsse die Parole sein.

Die großen Leistungen des deutschen Volkes.

Die „Evening Post“, die angesehenste New Yorker Abendzeitung, die in letzter Zeit ihre frühere vernünftige Haltung gegenüber Deutschland wieder zurückgewonnen hat, führte unter obiger Überschrift folgendes über die Verhältnisse in Deutschland aus:

Die Geschichte des kampflichen Abenteuers und seines Nachspiels dürfte wohl später mal von den Chronisten als die härteste Probe auf die Kraft des deutschen Volkes bezeichnet werden, als eine Probe, die es in bewundernswerter Weise bestand. Stellen wir uns mal vor, es gäbe in Deutschland jetzt einen demokratischen Führer, der allgemein als groß anerkannt wird. Nehmen wir ferner an, daß sich dieser Führer im Augenblick der monarchistischen Gefahr des Generalstreiks bediene, um die Verschwörer niederzuwerfen. Und nehmen wir außerdem an, daß es diesem großen Führer nach der Erreichung seines Zieles gelungen wäre, den mächtigen Sturm, den er hervorgerufen hatte, wieder in die Bahnen der Gerechtigkeit zurückzubringen. Sein Recht auf den Beinamen „groß“ würde für alle Zeiten unbestritten sein. Aber das ist es gerade, was sich in den letzten Wochen in Deutschland ereignete. Wenn es nicht das Werk eines einzelnen Führers war, dann muß es das aus eigener Initiative vollbrachte Werk der Massen des deutschen Volkes gewesen sein. Ein Volk aber, das einer solchen Leistung fähig ist, muß als reif für die Demokratie bezeichnet werden. Es ist jetzt aber nicht mehr leicht, ein Volk deutscher Disziplin in dem Sinne zu sprechen, daß sie nichts weiter als stumpfe Unterwürigkeit und Unfähigkeit zur Initiative sei. Eine Disziplin, die sich in solchen schweren Zeiten, wie sie Deutschland gegenwärtig durchmachen muß, derart bewährt, ist etwas höheres als der Paradenmarsch der Hohenzollern.

Ein Ratschrei aus dem Ruhrgebiet.

Gegen kapitalistische Schandjustiz.

Nach der auslegbaren Erklärung des Generals v. Pater und dem bereits erfolgten Einmarsch der Reichswehr in die Ruhr, die in Verbindung mit dem meuternden Freikorps Schulz das rheinisch-westfälische Industriegebiet den Kapriolen ausliefern wollte, griffen betanlich Rehnstaben von Arbeitern zu den Waffen. Diese haben, durch die Hilfe der Arbeiterkassen, auch dann noch nicht die Waffen abgegeben, als der Rupp-Rußisch längst erledigt war. Die Regierung hat allen Beteiligten, die bis zu einem gewissen Datum die Waffen niederlegten und abgaben, Straffreiheit zugesichert und ihnen den Dank des Vaterlandes ausgesprochen. Die Kriegsverbrechen aber beurteilen, wie dem „Vorwärts“ aus Bochum im gemeldeten, jetzt noch jeden zu Gefängnisstrafen von vielen Jahren, der eine Waffe getragen hat, gleichgültig, ob er zur hereditären Abwehr des Rupp-Rußisches sie ergriffen und nach dessen Niederwerfung wieder abgegeben hat oder nicht. Wenn das so weiter geht, werden in kurzem Tausende von Arbeitern zur Aburteilung gelangen. Der Vergewaltigerverband und der Bezirk Bochum der Sozialdemokratischen Partei haben den Reichsjustizminister von dieser Gewaltpolitik unterrichtet und seinen Gehör angefordert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß hier die Reaktion die Hand im Spiele hat. In der letzten Sitzung der Nationalversammlung ist die Anfechtbarkeit der Urteile außerordentlicher Kriegsgerichte beschlossen worden. Ist der Reichstag diesem Beschluß beigetreten? Wenn nicht, wird er nicht schleunigst dazu veranlaßt? Will dann die Justizverwaltung nicht sofort gegen alle diese Urteile Revision einlegen und die Verurteilung der Strafen bis zur Entscheidung aufheben lassen? Und will sie nicht gegen Richter und Staatsanwälte, die Unmitleidliche unternimmt lassen, vorgehen?

Rüstungen in der Schwerindustrie auf dem Gebiete des Zeitungswesens.

Hugo Stinnes ist es nun gelungen, auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in schweizerindustriellen Besitz überzuführen. Welche Pläne damit verfolgt werden, geht aus folgenden Auslassungen des „Vorwärts“ hervor: „Stinnes und seine ihm wirtschaftlich und politisch nahestehenden Freunde beabsichtigen schon seit einiger Zeit die Gründung eines großen deutschen Weltblattes, das in seiner Aufmachung alles in den Schatten stellen soll, was bisher im deutschen Zeitungswesen geboten worden ist. Ein Blatt im Stil des Pariser „Matin“, der durch seine glänzende journalistische Aufmachung und seinen hervorragenden Nachrichtenendienst eine Millionenzahl von Lesern gewann, die er dann in den Dienst seiner chauvinistischen Politik spannte. Bereits seit zwei Monaten sind die Agenten Stinnes dabei, in ganz Deutschland nach den geeigneten journalistischen Kräften zu suchen. Ein großzügiges Korrespondentenetz im Auslande ist mit Hilfe der internationalen Geschäftsbeziehungen von Stinnes im Werden. Trotz der Krise des Zeitungsgeschäftes glaubt man auch des finanziellen Erfolges sicher zu sein, weil man sich längst sämtliche für den Betrieb der Zeitung notwendigen Rohmaterialien gesichert hat. Stinnes hat Wälder für das Papierholz, er hat Metallwerke, er ist an den in Frage kommenden Maschinenfabriken beteiligt, er hat bereits eine Papier- und Galvanoplastikfabrik erworben sowie eine Schriftgießerei. Alles zum Betrieb der Zeitung Notwendige wird er selbst produzieren. Die Salutarfragen, die den Nachrichtenendienst der anderen großen Blätter erschweren, können ihn nicht brücken, der im Auslande mit an allerhand Unternehmungen beteiligt ist, die dort Mischgewinn haben und von denen winzige Rendite genügen, um Herrn Stinnes einen sabelhaften Nachrichtendienst zu verschaffen. — Ich sehe etwas ganz Neues in der deutschen Presse — aber ein Werk, das sicher alles andere als Regen stützen wird.“

Der Stand der Sozialisierung.

Reichsminister H. Schmidt über die Vorarbeiten in der Sozialisierungsfrage.

Das Problem der Sozialisierung und die Arbeiten der vom Reichswirtschaftsministerium zur Prüfung der Sozialisierungsfragen eingesetzten Kommission bildeten den Gegenstand einer längeren Unterredung, die der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt einem Redakteur des „Vorwärts“ gewährte. Auf die einleitende Frage, welchem Anlaß die Kommission die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit verdanke, erklärte der Minister:

Es ist bekannt, daß die Neuberufung der Sozialisierungs-Kommission ihren äußeren Grund in dem Punkt 6 der Vereinbarung hat, die die Regierung mit den am Generalstreik beteiligten wirtschaftlichen Arbeitnehmervertretungen geschlossen hat. Weniger bekannt in der Öffentlichkeit dürfte es sein, daß das Reichswirtschaftsministerium schon Wochen zuvor die Arbeiten der früheren Sozialisierungs-Kommission wieder aufgenommen hatte. Durch Kabinettsbeschluss war Anfang März die Herausgabe der stenographischen Protokolle der Sozialisierungs-Kommission angeordnet worden; die Vorbereitungen dazu standen dem Abschluss nahe, als durch die Folgen der Märzruhen die Kommission selbst wieder zunächst zu Vorbereitungen zusammenberufen wurde. Diese Verhandlungsberichte werden in wenigen Wochen der Öffentlichkeit in Buchform übergeben werden können. Damit wird der politischen wie der wissenschaftlichen Kritik lange vorenthaltenes, für die Entwicklung des praktischen Sozialismus überaus wichtiges Material in löslicher Form dargeboten werden.

Frage: „Inwieweit sind in der Zusammensetzung der Kommission gegen früher Änderungen eingetreten?“

Antwort: „Die Namen der Mitglieder der neuen Kommission werden noch in der Presse veröffentlicht. Das Recht der Mitarbeit war durch die Märzvereinbarung den Arbeitnehmervertretungen zugesichert worden. Aber es ist ein Symptom von großer Bedeutung, daß der neuen Kommission auch hervorragende Personen des Unternehmertums angehören. Nicht charakterisiert die Stellung des Unternehmers eine organisierte Wirtschaft mehr als die Tatsache, daß energische Vertreter gemeinschaftlicher Prinzipien heute in allen Lagern aufgefunden werden, daß Unternehmernamen vom besten Klang weit über die deutschen Grenzen hinaus sich in positiver Arbeit an dem Ausbau der deutschen Wirtschaft beteiligen. Freilich wird es Aufgabe der werktätigen Massen und ihrer Vertreter bleiben, den Gedanken des Gemeinwohls in der organisierten Wirtschaft gegenüber jeder privatrechtlichen Vertretung durchzusetzen. Der Gedanke einer völlig ungezügelter Konkurrenzwirtschaft, der in der politischen Debatte noch eine so große Rolle spielt, wird uneingeschränkt auch von der Unternehmenseite heute nicht mehr propagiert und erweist sich als eine im wirtschaftspolitischen Sinne reaktionäre Kampfanzeige gegen die schöpferischen Kräfte der Wirtschaft selbst.“

Frage: „Welche Aufgaben hat die Kommission zu lösen und in welchem Rahmen bewegt sich ihr Arbeitsprogramm?“

Antwort: „Wie in ihrer Zusammensetzung, so wird die Kommission auch in ihrem Arbeitsprogramm völlig autonom sein. Über aus der gegebenen politischen und wirtschaftlichen Lage lassen sich leicht zwei große Gruppen von Aufgaben ableiten. Einmal handelt es sich um die mehr wissenschaftliche Aufgabe der gründlichen Klärung des Sozialisierungsproblems, um die Festlegung allgemeiner Richtlinien, nach welchen der Ausbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erfolgen hat. Daneben steht aber vor allem die Erledigung einer großen Zahl von unmittelbar praktischen Aufgaben, die der augenblickliche Stand einzelner Wirtschaftszweige bietet und an deren unmittelbarer praktischen Lösung die Kommission mitzuarbeiten berufen ist.“

Im von diesen praktischen Aufgaben zunächst zu reden, deren wichtigste auch schon in der Vereinbarung mit den Gewerkschaften betont wurden, so schließen sie sich an die Gesetzgebung der seit der Revolution vergangenen 1 1/2 Jahre an, die sich in beträchtlichem Umfang mit der Organisation der Wirtschaftsverfassung beschäftigt hat. Ich denke an die gemeinwirtschaftliche Regelung der Reproduktion und Energiequellen, wie sie in dem Kohlenwirtschaftsgesetz, im Kali- und Elektrizitätsgesetz vorliegen. Diese Gesetzgebung hat als erster praktischer Versuch auf bisher in Deutschland unbegangenen Boden naturgemäß unvollkommen sein müssen. Es wird Sache der Sozialisierungs-Kommission sein, sich mit der Organisation der Selbstverwaltungsförderung, ihrer Zusammensetzung, dem Stimmverhältnis und ihren Befugnissen auseinanderzusetzen, und insbesondere zu untersuchen, ob der große Gegensatz des Produzenteninteresses der jeweiligen Gruppe mit dem allgemeinen Konsuminteressen ausgeglichen ist.

Frage: „Glauben Sie, daß die Arbeiten der Kommission eine Klärung der Anschauungen über die zweckmäßigste Form der Sozialisierung bringen werden?“

Antwort: „Das habe ich eben schon angedeutet. Seitdem aber die alte Sozialisierungs-Kommission ihre Arbeiten eingestellt hat, hat sich in allen Lagern eine Klärung der theoretischen Anschauungen über das Sozialisierungsproblem durchgesetzt. Die zahlreichen Normen gemeinwirtschaftlicher Organisation, wie Verstaatlichung, Kommunisierung, Syndikatsgenossenschaft, gemeinwirtschaftliche Trübsbildung, die sich zunächst als gegenläufige Prinzipien bekämpften, haben sich immer mehr als verschiedene Formen ein und desselben Grundgedankens herausgebildet, die je nach dem in Frage stehenden Wirtschaftszweig

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.

praktische Anwendung finden können. Soweit auch im deutschen Volke das Bewußtsein durchgedrungen ist, daß jede vorläufige Sozialisierung nur zum gemeinsamen Schaden der beteiligten Produzenten und der Allgemeinheit und schließlich zur Kompromittierung der gesamten Sozialisierungsidee ausschlagen kann, so stark ist andererseits auch die Ueberzeugung in den weitaus meisten Volksteilen, daß die bisherige Gesetzgebung noch keineswegs bis an die Grenze des Möglichen gegangen ist. Und wenn auch für die Mehrzahl der Produktionszweige die Stunde der „Kollektalisierung“, d. h. die Uebernahme des privaten Eigentums in öffentlichen Besitz noch nicht gekommen sein mag, so sind doch zahlreiche Möglichkeiten einer teilweisen Vergesellschaftung einzelner Produktionszweige gegeben, die ohne Störung des kapitalistischen Gesamtprozesses eine zweckmäßige Ueberführung in den sozialistischen Endzustand einleiten können.

Auf diesem Gebiet erwarte ich von den Arbeiten der Sozialisierungskommission wichtige Klärung. Darüber hinaus tritt aber mit der langsamem Wiederkehr der normalen Produktion das Problem der Kapitalneubildung in den Vordergrund. Schließlich aber wird die Kommission auf dem Seitenweg der landwirtschaftlichen Produktion in Anlehnung an den letzten Punkt der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen eine gewaltige Aufgabe für ihre organisatorischen Arbeiten finden.

Langsam setzt sich in immer weiteren Volksschichten die Gewißheit durch, daß der von vielen Seiten verlangte Abbau der Zwangswirtschaft auch in der Landwirtschaft nicht die Rückkehr zur freien Wirtschaft, sondern nur den Umbau der Organisation auf einer genossenschaftlichen Grundlage bedeuten kann. Je schneller für dieses Gebiet ein einheitliches Programm fertiggestellt wird, desto früher wird den berechtigten Interessen von Erzeugern und Verbrauchern Rechnung getragen werden können. Gerade auf diesem Gebiet wird auch mit der Freilegung ausgedehnt werden können, daß Sozialisierung gleichbedeutend sei mit bürokratischer Verstaatlichung.

Frage: „In welcher Form vollzieht sich die Zusammenarbeit zwischen Sozialisierungskommission und Reichswirtschaftsministerium?“

Antwort: „Die Sozialisierungskommission wünscht selbst einen möglichst engen Anschluß an das Reichswirtschaftsministerium. Dieser Wunsch wird von meiner Seite auf das lebhafteste erwidert, da die Arbeit der Kommission für meine unmittelbare wirtschaftspolitische Arbeit eine Unterstützung bieten kann. Aber, wie schon gesagt, so wichtig die praktischen Aufgaben für das Arbeitsgebiet der Kommission sein mögen, sie wird sich darüber hinaus nicht davon abhalten lassen, einen allgemeinen Sozialisierungsplan, unabhängig von den mehr oder weniger zufälligen Verhältnissen der Gegenwart, aufzustellen. Die Durchführbarkeit eines solchen Planes wird von den politischen Machtverhältnissen abhängen. Aber gerade das Vorliegen von Plänen, die sich von utopischer Oberflächlichkeit freihalten und den praktischen Bedürfnissen bis in die Einzelheiten gerecht werden, wird die beste Propaganda für den Gedanken der Sozialisierung selbst und damit die notwendige Voraussetzung für die Umbildung der politischen Machtverhältnisse auf demokratischem Wege zugunsten der Sozialisierung sein. So wird die Arbeit der Sozialisierungskommission, richtig verstanden, der Praxis der Gegenwart ebenso dienen, wie der Zukunft des Sozialismus.“

Politische Uebersicht.

Eduard Bernstein gegen U.S.P.

Genosse Eduard Bernstein hat in einem Brief an die Breslauer Parteigenossen auseinandergesetzt, warum er die Kandidatur in Teltow-Beeskow der ihm gleichfalls angebotenen in Breslau vorgezogen hat. In Berlin sei wegen der verhältnismäßigen Stärke der Unabhängigen der Kampf schwerer als in Breslau. Dann heißt es wortfroh weiter:

„Auch haben die Unabhängigen den Kampf dadurch so furchtbar leicht, daß sie, statt am Aufbau und Festigung der Republik positiv mitzuarbeiten, sich die bequeme Rolle des Kritikers von außen gewähnt haben, der sich ebenso leicht freihalten kann von Tadel, wie derjenige sich die Kleider nicht beschmutzt, der grober Arbeit fernbleibt. Und der Aufbau und Ausbau der Republik ist im Angesicht der furchtbaren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, recht harte und oft grobe Arbeit.“

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjew.

„Dein Papa ist immer ein Original gewesen“, bemerkte Matthäus Jitsch, indem er mit den Qualitäten seines prachtvollen samtigen Schlafrocks spielte, und sich dann plötzlich zu einem jungen Beamten in streng zugeknöpfter Zivilform wendend, rief er mit gestrenger Amtsmiene: „Und Sie?“

Der junge Mann, dem ein langes Schweigen die Lippen verriegelt hatte, richtete sich auf und sah seinen Vorgesetzten erstaunt an. Aber nachdem Matthäus Jitsch den Beamten in dieser Weise verblüfft hatte, schenkte er ihm nicht die mindeste Beachtung mehr. Unsere höheren Beamten lieben es überhaupt, ihre Untergebenen zu verblüffen. Die Mittel, deren sie sich zur Erreichung dieses Zweckes bedienen, sind ziemlich verschieden. Das folgende zum Beispiel ist sehr beliebt. Der Beamte versteht plötzlich die einfachsten Worte nicht mehr, er ist auf einmal wie mit Taubheit geschlagen. Er fragt zum Beispiel: „Was ist heute für ein Tag?“

„Freitag, Euer Excellenz“, wird ihm mit größtem Respekt geantwortet.

„Wie? Was ist? Was sagen Sie?“ erwidert der hohe Beamte mit Anstrengung.

„Es ist heute Freitag, Euer Excellenz.“

„Wie? Was? Wie so Freitag? Was für ein Freitag?“

„Freitag, Euer Excellenz, ein Wochentag.“

„Wie, du nimmst dir heraus, mich belehren zu wollen!“

Zu den Beamten dieser Sorte gehörte auch Matthäus Jitsch, trotz all seines Liberalismus.

„Ich rate dir, mein Lieber, dem Gouverneur einen Besuch zu machen“, sagte er zu Arkadi. „Du verstehst mich, ich rate dir das nicht, weil ich etwa an den veralteten Traditionen hänge, welche fordern, daß man den hohen Leuten den Hof macht, sondern lediglich deshalb, weil der Gouverneur ein gebildeter Mann ist. Zudem wirst du wahrscheinlich so wie so den Wunsch hegen, in die hiesige Gesellschaft

Aber gerade darum ist es von so großer Wichtigkeit, daß unsere Partei, die diese Arbeit auf sich genommen hat, mit möglichst ungezügelter Kraft in den neuen Reichstag einzieht. Nachdem die Leitung der unabhängigen Partei es rundweg abgelehnt hat, mit der Leitung unserer Partei wegen Verständigung im Interesse einer Einheitsfront in Verbindung zu treten, sind wir genötigt, um jedes nicht ganz sichere Mandat mit ihr zu ringen. Die Erkenntnis, daß der drohende Feind rechts steht, darf uns darüber nicht hinwegtäuschen. Man stelle sich nur vor, was aus der Gesetzgebung und Verwaltung der Republik würde, wenn Unabhängige und Rechte zusammen eine Mehrheit im Reichstag erhielten, und man wird begreifen, daß mindestens ebenso stark wie das natürliche Interesse der Selbstbehauptung der Partei, das große allgemeine Interesse der Republik, ihr politischer Zusammenhalt und ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung es erheischen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die stärkste Partei in der deutschen Volksvertretung bleibt. Die Politik der Unabhängigen ist heute fast nur Demonstrationspolitik, und ebendeshalb noch zumeist negierende Demonstrationspolitik. Die Politik unserer Partei aber ist Aufbaupolitik, ist Politik positiven Schaffens. Und wenn die Republik die nicht hat, wenn keine starke, das große Interesse für den Oppositionskampf stellende Partei als unerschütterliche Stütze hinter ihr steht, dann geht Deutschland an innerer Verrottung zugrunde und unser Volk verendet vollkündig.

So sehr wir daher darauf bedacht sein wollen, den Kampf nach links mit möglichst Sachlichkeit zu führen, so können wir doch uns nicht verschweigen, daß nach Lage der Dinge auch dieser Kampf notwendiger Kampf ist. Es ist ein Ringen zweier Prinzipien und Methoden der sozialistischen Politik, und von dem Ausgang dieses Ringens hängt unendlich viel für unser Volk ab.

Ohne Ledebour kein Lüttich.

In einem langen Aufsatz der unabhängigen „Freiheit“ bespricht Ledebour die Putschpolitik, die Scheibemann auf der Reichskonferenz als Ursache der Rostepolitik dargestellt hat. Der „Vorwärts“ hält ihm entgegen, daß sich Ledebour früher selbst der Putsche gerühmt habe und daß auf der anderen Seite Richard Müller von links und Hilferding von rechts ihn um deswillen aufs schärfste angegriffen haben. Aber Ledebour zieht sich jetzt darauf zurück, daß die Mehrheitssozialisten sich schon vor seinem Putsch vom 5. Januar 1919 auf reaktionäres Militär gestützt hätten. Beweis: der Soldatenputsch vom 6. Dezember und der Angriff auf die Volksmarine-division am 24. Dezember 1918. Der Soldatenputsch vom 6. Dezember gegen den Vollzugsrat ist aber ausgeführt worden von einem später führenden unabhängigen Namens Spiero, und was die Volksmarine-division angeht, so ist schon am 12. Dezember 1918 zwischen dieser und linksradikalen Führern ein Geheimvertrag geschlossen worden, in dem die Volksmarine-division sich zum bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Ebert-Scheibemann verpflichtete. Dieser Geheimvertrag liegt im Original vor und ist von vielen Zeugen bescheinigt worden. Es bleibt bei dem, was Scheibemann auf der Reichskonferenz sehr zutreffend über die unheilvolle Putschpolitik von links gesagt hat?

Deutschnationale auf Angestelltenfrage.

Für die kommende Wahl gibt die Deutschnationale Partei ein Flugblatt heraus, das dem Stimmensfang unter den Angestellten gewidmet ist. Das Flugblatt behauptet, daß die Sozialdemokraten den Angestellten keine eigene Lebensberechtigung zuerkennen, ihnen aber auch zugleich Gleichberechtigung als Arbeitnehmer verweigern.

An anderer Stelle wird behauptet: „Seit der Revolution kämpfen die sozialdemokratischen Arbeiter um die Herrschaft über die Angestellten (1)“. Richtig würde der Satz heißen: Seit der Revolution kämpfen die sozialdemokratischen Arbeiter Schuler an Schuler mit den Angestellten gegen die Herrschaft des Kapitalismus“. Um den Satz, daß die Arbeiter die Angestellten ausschalten und unterjochen wollen, zu beweisen, werden die größten Verdröhnungen herbeigezogen. Das in irgend einem Blatt geforderte Kontrollrecht der Betriebsräte über die technischen und kaufmännischen Angestellten wird dahin ausgelegt, daß die technischen und kaufmännischen Angestellten aus ihren Stellungen gedrängt werden sollten! Es heißt doch die Intelligenz der Angestellten stark beleidigen, wenn man ihnen solche Maßnahmen vorschlagen zu können glaubt.

Die Angestellten sind bei der Revolution erwacht. Sie haben erkannt, daß ihr Platz an der Seite der organisierten Arbeiter in der Sozialdemokratie ist, daß unserer Partei Kopf- und Handarbeiter in voller Gleichberechtigung nicht gegenüberstehen, sondern miteinander den gemeinsamen Feind aller Arbeitenden zu Boden jagen: den von den Deutschnationalen beschützten Kapitalismus

eingeführt zu werden... Ich will doch hoffen, daß du kein Vär bist? Uebermorgen gibt der Gouverneur einen großen Ball.“

„Werden Sie denselben auch besuchen?“ fragte Arkadi. „Er gibt ihn ja mir zu Ehren“, sagte Matthäus Jitsch in fast bedauerndem Tone. „Langst du?“

„Ja, aber schlecht.“

„Das ist schade. Es gibt hier einige hübsche Damen, und dann ist es ja auch eine Schande für einen jungen Mann, nicht tanzen zu können. Ich wiederhole dir, ich sage das nicht, als ob ich an den alten Gebräuchen haften würde — denn ich bin keineswegs der Ansicht, der Geist stecke in den Weinen — aber ich finde den Byronismus lächerlich.“

„Glauben Sie denn, lieber Onkel, es sei der Byronismus, der...“

„Ich werde dich mit den hiesigen Damen bekannt machen, ich werde dich unter meine Nichte nehmen“, unterbrach ihn Matthäus Jitsch mit selbstgefälligem Lächeln. „Du wirst dort warm sitzen, denk ich.“

Ein Bedienter trat ein und meldete den Präsidenten des Finanzbureaus, einen Greis mit süßen Lippen und zugeknöpften Lippen, der ein sehr großer Naturjäger war, besonders im Sommer, wenn, wie er sagte, „jedes Viehdien aus jedem Blümlinchen sich sein Schöppchen saugt...“

Arkadi entfernte sich.

Er fand Vasaroff in dem Gasthause, wo sie abgestiegen waren und bemühte sich lange, ihn zu bereden, mit ihm zum Gouverneur zu gehen.

„Nun, meinetwegen“, sagte endlich Vasaroff, „wer die Zubbe eingetrock hat, muß sie auch essen. Wir sind gekommen, die Herren Gutsbesitzer kennen zu lernen — lernen wir sie also kennen!“

Der Gouverneur empfing die jungen Leute sehr wohlwollend, und sie jedoch nicht ein, sich zu setzen und er blieb selbst stehen. Er zeigte ewig eine Amtsdienste; gleich früh morgens steckte er sich in Galauniform, schnürte sich eine äußerst engliegende Arabatte um den Hals und gönnte sich vor lauter Amtseifer nicht einmal Zeit, ordentlich zu speisen. Man hatte ihn im Gouvernement den Spitznamen „Boudaloue“ beigelegt, nicht um auf den berühmten fran-

Von der Sozialisierungskommission.

Ein Erlass des Reichspräsidenten, der die Einberufung der Sozialisierungskommission befristet und ihr die erforderlichen Rechte und Vollmachten zuweist, steht nach den „F. B. N.“ unmittelbar bevor. Die Vorbereitungen zur Aufnahme der praktischen Tätigkeit sind seit längerer Zeit eingeleitet und bereits so weit gediehen, daß die Kommission ihre Arbeiten bald wird aufnehmen kann.

Konsumverein für Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Hamel, 8. Mai. Der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angegliederte Verband nordwestdeutscher Konsumvereine, der 100 Vereine mit insgesamt 470.000 Mitgliedern umfaßt, hielt hier einen Verbandstag ab. Die Tagung beschäftigte sich auch mit der Frage der Zwangswirtschaft. Nach einem Referat von Heinrich Kaufmann (Hamburg) und einer Aussprache wurde fast einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der 35. ordentliche Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine kommt bei Würdigung aller Verhältnisse zu der Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung der zwangsläufigen Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel und lebensnotwendigen Bedarfsartikel heute nicht mehr im Interesse der Verbraucher liegt. Die Zwangswirtschaft kann die von ihr erwarteten Aufgaben nicht erfüllen. Die Produktion wird nicht gefördert, sondern behindert, eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung wird nicht erreicht; die Bevölkerung muß sich einen großen Teil der Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im Schleißhandel beschaffen. Eine Verbilligung der Waren wird heute durch die Zwangswirtschaft nicht mehr erreicht; der ganze bürokratische Apparat belastet im Gegenteil die Waren mit ungeheuren Unkosten. Der Verbandstag fordert daher von der Regierung einen sofortigen Abbau der genannten zwangsläufigen Bewirtschaftung. Gerechtigt erscheint ein Uebergangsstadium für Brotgetreide.

Es ist ein sehr beachtliches Zeichen, wenn eine solche Organisation die Aufhebung der Zwangswirtschaft fordert, der sicherlich vorwiegend sozialdemokratische Politiker angehören werden. Auch die Teilnehmer an diesem Verbandstag dürften zu einem großen Teile politisch der Sozialdemokratie angehören. So sehr wir auch die Stunde begrüßen, in der die Zwangswirtschaft beseitigt werden kann, hegen wir doch noch Zweifel, ob ihre rasche Beseitigung im Interesse der Konsumumenten gelegen ist. Wir sind aber gern bereit, uns dem Gegenteil überlegen zu lassen, wenn man uns eine schlüssige Beweisführung bietet.

Ein unabhängiger Reichstagskandidat.

In einer Mitgliedereversammlung der Hamburger Unabhängigen, die zur Reichstagswahl Stellung nahm, referierte Wilhelm Herzog. Er legte sein Programm dar und sagte dabei, man müsse in das Parlament hineingehen, um die Verbindung mit der Straße aufrecht zu erhalten und das Parlament dann auseinander zu jagen. Das Zentralkomitee der U. S. P., Crispian und die „Freiheit“ rief er gemäß herunter, da diese gar nichts täten, um den Anschluß an die dritte Internationale durchzusetzen. Auf dieser Mann wurde von den Unabhängigen in Hamburg mit auf die Kandidatenliste gesetzt.

Badische Politik.

Der Fall Kunz im Haushaltsauschuß.

Bei dem Titel: „Hochschulen wurde der Fall des Hauptlehrers Kunz in Hohenbach bei Freiburg, der schon mehrfach die Dienstpflicht veräußert, in längerer Aussprache behandelt. Sie wurde in der Hauptsache geführt zwischen einem Vertreter des Zentrums, dem Unterrichtsminister Hummel und dem Abg. Königsdorfer (Soz.), der wegen seiner Urlaubserteilung an Kunz in den Tagen des Kapp-Putsches mehrfach von Freiburg Zentrumsblättern angegriffen worden war.

Der Unterrichtsminister gab eine Darstellung des Falles nach den vorliegenden Akten. Hauptlehrer Kunz habe sich schon vor längerer Zeit geweigert, den Religionsunterricht weiter zu erteilen. Dazu sei er nach der Verfassung berechtigt gewesen; er sollte dann, wie es in ähnlich gelagerten Fällen seitens des Unterrichtsministeriums immer geschieht, um diese Lehrer vor Gewissenskonflikten zu bewahren, verweist werden. Kunz habe auch erklärt, er werde sich von Höflichkeit formellen. Nicht berechtigt sei Kunz aber gewesen, sich vom Fernbleiben vom Dienst in den Tagen des Kapp-Putsches. Das sei jedoch geschehen und deswegen sei gegen Kunz das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Am 23. März habe man ihn seines Dienstes enthoben. Schon früher habe er einen ihm erteilten Urlaub benötigt, um in Bonndorf und anderen Orten kommunistische Ver-

zösischen Ranzelredner anzuspüren, sondern auf das Wort Burda (Zauche, schlechtes Bier). Er lud Kirjanoff und Vasaroff zu dem Balle ein und wiederholte diese Einladung einige Minuten später, wobei er für Bräuder hielt und ihnen den Namen Kirjanoff gab.

Als sie das Haus des Gouverneurs verließen, sprang plötzlich aus einer vorbeifahrenden Droschke ein junger Mann von mittlerer Größe, angetan mit einem ungarischen Schmirrock nach der Mode der Slavophilen, und kam mit dem Rufe: „Eugen Wassilitsch!“ auf Vasaroff zugeeilt.

„Ah, sind Sie es, Herr Sitnikoff“, sagte Vasaroff, ohne jedoch stehen zu bleiben. „Was führt Sie hierher?“

„Stellen Sie sich vor, der reinste Zufall, der reinste Zufall“, antwortete dieser, und sich nach der Droschke umwendend, winkte er vier, fünfmal mit der Hand und rief: „Folge uns, folge uns! Mein Vater“, fuhr er fort, indem er über die Gasse sprang, „mein Vater hat hier Geschäfte, nun, da hat er mich...“

„Ich erühre heute, daß Sie hier waren und komme soeben aus Ihrem Hotel...“ (In der Tat fanden die beiden Freunde bei ihrer Rückkehr zu Hause eine Karte mit eingebogenen Ecken, auf deren einer Seite der Name Sitnikoff mit lateinischen und auf der andern mit slavischen Lettern stand.) „Ich will hoffen, Sie kommen doch nicht von dem Gouverneur.“

„Hoffen Sie das lieber nicht, wir kommen direkt aus seiner Wohnung.“

„Ah! In dem Falle werde ich ihm ebenfalls meine Aufmerksamkeit machen...“ Eugen Wassilitsch, stellen Sie mich doch Ihren... dem Herrn vor.“

„Sitnikoff, Kirjanoff“, sagte Vasaroff, ohne stehen zu bleiben.

„Es ist äußerst schmeichelhaft für mich“, begann Sitnikoff mit gewinnendem Lächeln, indem er an ihrer Seite weiter ging und seine höchst eleganten Handschuhe auszog. „Ich habe schon viel von Ihnen geh...“

„Ich bin ein alter Bekannter von Eugen Wassilitsch, ja, ich darf mich sogar seinen Schüler nennen. Ich verbanke ihm meine Befeh-

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Frauen und Mädchen!

Tausende von Flugblättern kommen in diesen Tagen in die Hände unseres Volkes. Jede Meinung, jede Weltanschauung ringt um die Stimme des Wählers, der Wählerin. Wenn das Wort, die Beeinflussung und Beweisführung sachlich und anständig sind, wenn die einzelnen Parteien den Wahlkampf in verfassungsmäßigem Sinne führen, werden wir Frauen manche Gärten verständlich finden; denn das liegt im Wesen des Kampfes. Immer aber soll man als Mensch auch im politischen Gegner den Menschen achten.

Aber was seit Monaten unser Volk wie eine schleichende Krankheit erfaßt hat, was uns beim Lesen in rechts stehenden Zeitungen entgegenläuft, was beim Kaufmann, Bäcker, Metzger und Gemüsehändler gerannt, getuschelt und laut geschimpft wird, was uns in widerlich aufgemachter Weise in Flugblättern gefoltert wird:

„Die Juden sind an allem Unglück schuld“, das fähet vom politischen Kampf zum blutigen Hasskrieg. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Tausende müssen wir Front machen! Man spekuliert mit diesen Worten, das schon seit Monaten herumgepöbeln wird, auf die politische Gleichgültigkeit der Frau! Mit den großen Flugblattmachern soll sie eingekauft werden. Es sind dieselben plumpen Mittel, die früher in der Sendeliste der antisemitischen Presse angewandt wurden. Und sie stammen heute aus derselben schmutzigen Quelle.

Warum greift man zu Lüge und Klatsch in der ersten Form? Warum häckelt man ein Sentimentsbüchlein niedriger Art auf durch erfundene Erzählungen von Kindernorden, die aus rituellen Gründen verübt wurden? Warum verschweigt man die Beweise?

Weshalb predigt man widerlichen Dafs gegen Menschen, die weiter nichts denn anderer Meinung sind? Die Juden haben gewiß in ihren Reichen gute und weniger gute Menschen, minderwertige Naturen und Verbrecher, aber insgesamt sind sie nicht schlechter oder besser als andere Menschen auch, die von einer Mutter geboren. Oder können wir sagen, daß alle nichtjüdischen Menschen rein und engelgleich wären?

Bestaunende jüdischer Mütter haben während des Krieges alles Leid, alles Elend getragen, genau wie die anderen. Fühlt Ihr es mit, wie einer Mutter zumute ist, die ihr liebendes Kind

hingeben hat, das man nun bis ins Grab als Feind und Bräuber betrachtet?

Was den Volksfeinden in Deutschland nicht paßt, ist, daß andere Kreise jetzt Einfluß in unserem Staats- und Wirtschaftsleben gewinnen sollen. Jahrzehnte haben sie, deren Anhänger vornehmlich in der deutschnationalen Partei sind, sich als Herrscher, die Herrenmenschen gefühlt.

Vor allem danken wir ihrem brutalen Machtkünstel Krieg und Niederlage.

Die ehemaligen Konservativen, die Leute von der Vaterlandspartei,

die heutigen Deutschnationalen sind es, die sich zum Antisemitismus, zum Rassenkrieg bekennen.

Sie waren es, die das deutsche Volk beinahe verbluten ließen. Nun wollen sie die Schuldpauren verwischen. Darum das Geschrei in allen Arten: „Die Juden sind an allem schuld!“ Die Deutschnationalen haben ihre Stärke, politische Moral und ihr Ansehen, daher auch ihren Einfluß verloren. Darum scheuen sie vor keinem Mittel zurück. Der alte Teufel, der den flüchtenden Gauner „Halte den Dieb“ rufen läßt, soll sie vor dem Jörn des Volkes, vor dem Volksgericht in Sicherheit bringen. Deshalb juchzen sie durch die Aufschmelzung der niedrigen Intelligenz Verblendete oder oberflächlich Denkende zu ihrer Gefolgschaft zu machen.

Frauen und Mädchen! Gütet Euch vor all denen, die Euch vor und während des Krieges als Unmündige behandelten, Euch alle politischen Rechte vorenthielten.

Neberlegt und handelt dann!

Wir fordern Euch auf: Lehnt den Antisemitismus ab. Schlagt den Verderber unseres Volkes diese schmerzigen Mittel aus den Händen, denkt nach über die aufbringliche Art, mit der man sich gerade an die Frauen und Mädchen unseres Volkes wendet, um die sich diese Leute vor dem Kriege nie gekümmert haben! Werdet nicht Sandlanger ihres selbsttätigen Machtwillens!

Stärkt den Einfluß derer, die frei im größten Unglück unserem Volke helfen wollen, die jede Unterdrückung bekämpfen, richte sie sich, wie es im sozialdemokratischen Programm heißt, gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“

Die sozialdemokratischen Frauen der Nationalversammlung:

- Anna Bloch-Stuttgart, Clara Bohm-Schub-Berlin-Brick, Helene Rühring (Oldb.), Minna Bollmann-Galberstadt, Wilhelmine Gieseler-Giesenberg (S.-M.), Helene Grünberg-Nürnberg, Frieda Haupt-Nationow, Else Söfs-Stettin, Marie Zuchacz-Berlin, Hedwig Kurl-Dresden, Wilhelmine Köhler-Berlin-Sieglin, Ernestine Luge-Dresden, Gertrud Ledebur-Berlin, Frieda Lübs-Hannover, Toni Hill-München, Johanna Reiss-Darmstadt, Estriede Hune-Berlin-Treptow, Elisabeth Mühl-Söln, Anna Simon-Brandenburg (Havel), Minna Schilling-Döbeln (Sa.), Luise Schröder-Altona, Johanna Treich-Frankfurt a. M.

Der Wahlausfall der Reichskonferenz.

Die Konferenz nahm einstimmig folgende Entschlüsse an:

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ruft die Parteigenossen und Genossinnen zum Wahlkampf auf, der das Schicksal der deutschen Republik entscheidet.

Nur die Einigkeit des werktätigen Volkes, der Kopf- und Handarbeiter, der Männer und Frauen kann die freiheitliche Verfassung unseres Volkes durch neue reaktionäre Anschläge schützen und die politische Gleichberechtigung zur sozialen Gleichberechtigung erweitern. Der geeinte Wille der heilig und überpolitisch Schaffenden ist Kraft genug, sich mit den Mitteln der Demokratie siegreich durchzusetzen und die Arbeit aus dem Joch des Kapitalismus zu befreien.

Dazu bedarf es vor allem auch der Mitarbeit der ländlichen Bevölkerung, der Landarbeiter und kleinen Bauern, deren Befreiung aus vielhundertjähriger Unterdrückung erst durch die Republik eingeleitet wurde. Im Kampf gegen den widerpenigen Großgrundbesitz müssen die in der Landbedeckung getroffenen Maßnahmen schnell durchgeführt und entschieden gefördert werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führt diesen Wahlkampf unter der

Parole der Einigkeit,

in der allein die Kraft liegt, und mit dem Ziele, am 6. Juni eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit zu erringen, die den Bestand der demokratischen Volksrepublik und ihren Fortschritt zur sozialistischen Verfassung verbürgt.

Von dem Bunde erübrigt, den Kampf nur gegen rechts führen zu müssen, ist die Partei auch zugleich bereit, ihre alten Grundbegriffe, Sozialismus und Demokratie, als ein untrennbares Gebilde nach allen Seiten hin zu verteidigen.

Die Befreiung der Republik von den letzten Resten militäristischen Geistes, die Durchbringung aller Verordnungen mit republikanischem Willen, die Beseitigung der Klassenjustiz, die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an Führung und Kontrolle der Produktion, die Übernahme der reifen Betriebe in die

gemeinwirtschaftliche Verwaltung, der Ausbau eines freien Schulwesens, Hebung der gesamten Volkskultur — das alles wird desto geringeren Widerstand finden, je fester die Sozialdemokratische Partei aus dem Wahlkampf zurückkehrt.

Im Kampf der Sozialdemokratie gegen Reaktion und Kapitalismus, nicht im Streit der sozialistischen Richtungen fällt die Entscheidung über unsere Zukunft.

Die Frauen werden diese Entscheidung ausschlaggebend beeinflussen; an ihnen wird es liegen, ob der Weg zurückgeht in die dunkle Vergangenheit, die unsere Gegenwart beschattet, oder vorwärts in die helle Zukunft. Dieser großen Verantwortung muß sich jede Frau am Wahltage bewußt sein.

Die Sozialdemokratische Partei will ein Deutschland, das sich an Freiheit seiner politischen Einrichtungen von keinem Lande übertreffen läßt und das durch praktischen Sozialismus dem Wohle des arbeitenden Volkes in eigenem Lande und in der ganzen Welt dient. Sie will ein Deutschland, das unter voller Wahrung der Selbstverwaltung und Eigenart aller Stämme von unerschütterlichem Einheitswillen befeuert ist. Nur dieses Deutschland wird den notwendigen Kampf auch gegen fremde

Kapitalismus, Militarismus und Imperialis-

mus mit geistigen und moralischen Mitteln siegreich durchführen und sich aus den brüderlichen Fesseln des Friedens von Versailles wieder befreien.

Die Reichskonferenz fordert die Parteigenossen und Genossinnen auf, in diesem Sinne den Kampf zu führen für die Einigung des ganzen schaffenden Volkes auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundzüge.

Befreiung aus den Banden bürgerlicher, kapitalistischer Anschauungsweise, aber auch Überwindung aller Zersplitterung im Lager der Arbeiterbewegung sind die Vorbedingungen für den Sieg der Arbeit durch den Sozialismus.

Der Abg. Königsberger habe in einem Briefe an das Unterrichtsministerium mitgeteilt, daß er Kunz den Rat erteilt habe, Urlaub einzuholen, da er in den Tagen des Kapp-Zuzuges in Freiburg als Führer anwesend sein müsse. Es könne zu reaktionären Streichen kommen, und da benötige man Kunz. Dieses Verhalten des Abg. Königsberger sei auf das schärfste zu tadeln. Er habe kein Recht zu seinem Vorgehen gehabt, denn der Schulunterricht müsse erteilt werden. (Kunz habe dann auch in einem Telegramm an den Kreisfiskusrat, das aber keine Unterschrift trägt, Urlaub eingeholt.) In Freiburg wäre man auch ohne Kunz mit politischen Aufsehern reaktiv und links fertig geworden. Das unerlaubte Verhalten des Dienstes durch Kunz hätte Abg. Königsberger nicht unterstützen dürfen.

Darauf erwiderte Königsberger des längeren und erklärte, daß er in einem ähnlich gelagerten Falle genau wieder so handeln würde, wie er diesmal gehandelt habe. Man müßte in Freiburg event. mit reaktionären Anschlägen in der Zeit der Kapp-Zuge rechnen, da dort 1400 Offiziere wohnten und die Freiburger Univeristät viele norddeutsche Studenten besuchte. Auch sei der rechte Flügel des Zentrums nicht ganz sicher gewesen. (Dagegen protestierte dann der Zentrumsredner nachdrücklich. Der Brief sei am 15. März, also in den Tagen größter politischer Unsicherheit, geschrieben worden. Wir lebten in normalen Zeiten und dies erkläre das Verhalten von Kunz, der ein gewählter Kommunist sei. Auch in Preußen habe man von Besatzungen abgesehen. Für die demokratische Republik würde die Sozialdemokratie alles tun, sie nehme die Hilfe, von welcher sie komme.

Einen Redner der Deutschnationalen, der geglaubt hatte, diese Bemerkung zeige die enge Verbindung zwischen Sozialisten und Kommunisten, fertigte Königsberger scharf ab. Die Deutschnationalen hätten alle Veranlassung, zur Kapp-Affäre zu schweigen. Der Zentrumsredner führte aus, daß in Freiburg kein Offizier irgendwie etwas getan habe, was zur Befreiung des Abg. Königsberger Veranlassung gegeben habe. — Der Vertreter der Demokraten schloß sich im wesentlichen der Auffassung des Unterrichtsministers über das Verhalten des Dienstes durch Kunz an.

Damit war die Besprechung des hiesigen Kunz erledigt. Auf die Bemerkung eines Vertreters der sozialdemokratischen Fraktion, daß man am 16. März, dem Generalfreitag, die Schulen hätte schließen müssen, erklärte der Unterrichtsminister, daß dies wegen mangelnder Begleiterscheinungen eines Schulstreiches nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Das Staatsministerium sei der gleichen Auffassung gewesen.

Die Religion ist wieder in Gefahr!

Es hätte eigentlich mit merkwürdigen Dingen zugehen müssen, wenn die Zentrumsprelle nicht auch in diesem Wahlkampf wieder ihren ältesten und — bei denen, die nicht alle werden — auch zugräftigsten Lodenbitzer zum Kampf gegen die Sozialdemokratie hervorgeholt hätte: den alten Leber Schmarren von der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie. Ohne diese alte Waffe, an der die Zentrumsblätter trotz ihres Alters und trotz ihrer Stumpfheit und ihrer vielen Schwächen mit einer rührenden Liebe hängen, geht es ja nie in einem echten und rechten Wahlkampf ab. Mit einer Indignität, die einem alten Pfaffen oder Zionsrunder oder einem Sherif Holmes oder Rif Carter alle Ehre machen würde, werden da die ältesten Parteiführer, alle Zeitungsjahrgänge der sozialdemokratischen Presse, alle gehaltenen — und auch ungehaltenen — Versammlungen, Parläments-, Bürgerauschüsse, Turnvereine und Sängervereine von Sozialdemokraten durchgehört und mit Triumphgeheul jede Redewendung, die man ungefähr als Religionsfeindschaft auslegen könnte, unter die schwärzlichen Gesetzen geschleift — mit dem üblichen Beiwert, das um so schrecklicher und fürchterlicher aussieht, je weiter im Hinterland das Zentrumsblättchen auf seine Leser losgelassen wird.

In unserem „Volksfreund“ hat der „Badijche Beobachter“ nun glücklich aus solchen fetten Wahlhappen entdeckt: am 17. März vorigen Jahres, also vor etwa fünfbiertel Jahren, hat ein Mitarbeiter in einer Artikelserie so ein Schändes geschrieben, das, wenn man genügend Fertigkeit oder Gewissenlosigkeit oder Unvorsichtigkeit im Auslegen besitzt, als kirchenfeindlich ausgebeutet werden könnte. Wir können es uns verlagern, auf das liebliche Spiel einzugehen. Die Zentrumsprelle weiß ja ganz genau, daß es gelogen ist, wenn sie die Sozialdemokratie als religionsfeindlich bezeichnet. Aber sie braucht den Vorwurf eben fürs Wahlgeschäft. Es ist nur ein ehrendes Zeichen für uns, wenn das Zentrum nichts weiter gegen uns vorzubringen weiß, als jetzt schon diese Schwindelbehauptung, die sonst gewöhnlich erst gegen Ende des Wahlkampfes, wenn die Volkseele ins volle Kochen geraten soll, auftaucht. Lassen wir also auch dem „Bad. Beobachter“ sein harmloses Wahlvergnügen, er drückt ja in der Firmierung seines Artikels selber aus, was er davon hält: a k = alter Robi!

Gemeindepolitik.

Anstellungen A. Karlsruhe, 7. Mai. Auch der dritte Wahlgang bei der Bürgermeistereiwahl, der heute stattfand, ist ergebnislos verlaufen. Es erhielten der bisherige Bürgermeister Haucr (Bauernbund) 19 Stimmen, der Demokrat Ermel 19 Stimmen, der Sozialdemokrat Kiefer 17 Stimmen. Jetzt wird die Regierung einen Bürgermeister bestimmen.

Die Schulkassen und die mittleren Städte. Nachdem für die Städte die Aussicht geschwunden ist, daß sie einen Einfluß auf den Schulbetrieb wieder erlangen können, will der Verband der mittleren Städte die völlige Übernahme der Volksschule durch den Staat verlangen unter dem Hinweis darauf, daß infolge Einführung der Reichseinkommensteuer eine Regelung in dem Sinne getroffen werden könnte, daß ein den Lehrern von den Gemeinden getragenen Schulkassen entsprechender Teil der Lieferungen des Reichs für das Land zurückgehalten wird.

Reichskonferenz der Sozialdemokr. Partei.

Berlin, 6. Mai.

Zweiter Tag (Fortsetzung).

Ich war im März gegen eine Arbeiterregierung in Deutschland, weil ich der Überzeugung war, daß sie weder ein Glück für die deutschen Arbeiter noch für das deutsche Volk gewesen wäre. Warum das? Wir sind für unsere Güterzeugung auf das Ausland angewiesen. Unsere Produktion ist zugrunde gerichtet, weil sie fünf Jahr lang auf den Massenmord eingestellt

war und weil unser Geld buchstäblich verpulvert worden ist. Die Folge ist, daß Millionen deutscher Arbeiter und deutscher Handwerker heute kein ganzes Dend auf dem Leibe haben. Lebhafte Zustimmung.) Daran sind nicht wir schuld, sondern die Ludenhorste und Helfschere. (Lebhafte Zustimmung.) Und doch sind dies gerade die Leute, die uns in der Regierung Missetaten schimpfen, weil wir es nicht fertig bekommen, mit der Schöpferkraft Gottes aus dem Nichts, das sie uns zurückgelassen haben, etwas aufzubauen. (Sehr gut!)

Wenn eine Arbeiterregierung diese Konfuzmasse übernimmt, so wird sie mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, als eine Koalitionsregierung. Wir brauchen Hoffstoffe, diese Hoffstoffe aber sind im Besitz kapitalistischer Regierungen in den bisher feindlichen Ländern. In den neutralen Ländern, das ist einmahl nicht gern mitzuteilen, das Aussehen der Sozialdemokratie haben wir nicht mehr Vertrauen, wenn in einer Regierung auch ein gewisser bürgerlich-kapitalistischer Einschlag vorhanden ist. (Zustimmung.)

In Deutschland wäre eine Arbeiterregierung nur möglich, wenn die Arbeiterklasse bei den kommenden Wahlen die Mehrheit erringt. Ich bezweifle sehr, daß das möglich sein wird, denn wir erleben jeden Tag neue Spaltungen. Die Kommunisten tragen eine große Verantwortung vor der Geschichte, wenn sie nicht endlich damit aufhören, mit ihrer ewigen Partijspielelei Deutschland zu heunruhigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Jede politische Richtung hat die Möglichkeit, sich durchzusetzen und wir brauchen Gewalt nur dann anzuwenden, wenn von rechts mit Gewalt ein Verfassungszug versucht wird. Wenn wir nicht auch eine so demokratische Verfassung haben, so ist damit nicht gesagt, daß wir nun auch in kurzer Zeit den Sozialismus durchführen könnten. Dazu sind unsere Produktionsmittel viel zu sehr heruntergewirtschaftet, dazu fehlt uns das Notwendigste, um uns auch nur im bescheidenen Maße auf dem Weltmarkt durchsetzen zu können.

Seute haben wir nun den Tiefstand unserer Wirtschaft und das Tempo der Entwicklung zum Sozialismus muß darunter leiden, auch wenn die Einigkeit der Arbeiterklasse wächst. Denn wir wissen aus Karl Marx, daß der Mensch dauernd von den ihn umgebenden Produktionsmitteln abhängt.

Natürlich sollen wir nun, nicht die Hände in den Schoß legen und warten, bis die Dinge von selbst heranziehen, denn Marx hat uns weiter gelehrt, daß unsere Aufgabe sich nicht darin erschöpfen darf, die Welt zu interpretieren, wir müssen sie verändern. Dazu gehört Idealismus in der Arbeiterklasse noch fiedt. Es war erhebend zu sehen, welche große Sorgen die Massen in Deutschland damals auf sich nahmen und mit welcher Geduld sie diese Sorgen ertragen haben. (Beifall.) Dankbar gebeten wir auch der deutschen Frauen, die damals viel Entbehrungen in Kauf nehmen mußten. (Beifall.)

Mit diesem Idealismus wollen wir in den Wahlkampf ziehen. Wenn er uns begleitet, können wir jeden Pessimismus und besiegene alle Müdigkeit und Verdrossenheit. Mit diesem Idealismus werden wir die Republik auch gegen neue Angriffe siegreich verteidigen. Wir bilden mit Stolz auf unsere 50jährige sozialistische Erziehung und Schulung und lassen uns diese Quelle unserer Ideale niemals verschütten. Wenn wir uns auf die alte Kampfesfreude bestimmen und diesen Wahlkampf mit der Parole: Für Republik und Sozialismus führen, werden wir den Kampf siegreich beenden. (Beifall)

Nachdem noch eine Anzahl Redner gesprochen hatte, erhielt

Scheidemann

das Schlusswort, in welchem er u. a. ausführte:

Wir können mit unserer Arbeit zufrieden sein. Proletarier aller Länder, vereinigt euch, das soll unser Kampfziel bleiben. — Proletarier Deutschlands, zerlegt euch, ist die Parole der Unabhängigen. (Sehr gut!) Ich habe das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie den richtigen Weg finden werden. Der Wahlkampf entscheidet das Schicksal unseres Landes und Volkes auf Jahrzehnte hinaus. Unsere Föhne ist rein, unser Wollen ist gut, wir wollen heraus aus dem Jammer und los von der Knechtschaft des Versailles Vertrages. (Beifall.) Zu alledem können wir aber nur durch eine Politik der Offenheit und Ehrlichkeit, eine solche Politik wollen wir treiben. So laßt uns in den Kampf ziehen in der Hoffnung auf den Sieg. Auf Sozialisten, schließt die Reihen, die Trommel ruit, die Banner wehen. Es lebe der Kampf, es lebe der Sieg! (Stürmischer Beifall.)

Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

3. Verhandlungstag.

K. Karlsruhe, 10. Mai.

Heute beginnt die Aussprache über den gesamten Verbandsbericht. Wie stark das Redebedürfnis ist, zeigt der Umstand, daß schon bei der Erwähnung des Namens auf der Rednerliste verzeichnet sind, obgleich die Delegierten, die mit dem Verbandsbericht einverstanden sind, in der Wortmeldung ziemlich zurückhaltend sind. Aus den Darlegungen der Disziplinärkommission, die mit der Vorstandspolitik einverstanden sind, ist folgendes bemerkenswert; einheitlich geht der Zug durch alle Ausführungen, den Wünschen der Opposition entgegenzukommen. Der Arbeitsgemeinschaft solle der Vorstand nicht allseitig Rechnung tragen, sonst klinge es wie ein Eintritt für die Interessen des Kapitals.

Mit Befremden wird konstatiert, daß die Kostenbefreiung für die Mitgliedschaften so kümmerlich behandelt wird, es werden gemeinsame Schritte in dieser Frage gewünscht.

Natürlich spielt auch in den Geschäftsberichten schon die Auffassung über den zentralen Tarifvertrag hinein. Scharf wird betont, daß heute der zentrale Abschluß der einzig mögliche Ausweg ist aus dem Wirrwarr der Zeit. So ziemlich alle Redner wenden sich energisch gegen die Sonderbestrebungen, solcher Bezirke, die durch eine gute Konjunktur am Ort auf Kosten der anderen sich Extravorteile verschaffen wollen. Damit ist abzuwenden die Gesamtzeit und sich selbst bei Abänderung der Lage. Recht tröstlich wird von den meisten Rednern die Aussicht des Baugewerbes in ihren Bezirken geschildert und die Forderung aufgestellt, daß in der Frage der Arbeitsarbeiten mehr getan wird. Die Schreivweise des „Grundstein“ findet weniger Kritik, als man anfangs annehmen durfte. Der „Grundstein“ dürfe nicht zur Schuttablage für alle möglichen Ansichten werden.

Die Ausführungen Brandels finden wenig Gegenliebe; es wird auf Ungarn verwiesen, auf den Zusammenhang zwischen der großen Arbeitslosigkeit und der Missetimmung unter den Kollegen, die daraus entspringt. Viele Redner schildern örtliche Lohnbewegungen, sie beklagen sich, daß der Vorstand zu sehr hemmend eingreift; andere verweisen auf den Metallarbeiterverband, wo ja im Sinne Brandels ein Wechsel eingetreten sei. Aber am System haben auch diese neuen Männer nichts geändert, hätten sie es getan wäre ihr Verband in Frage gestellt. Das zeigt, daß auch die schärfsten Kritiker, wenn sie an die praktische Arbeit kommen, einfach über die heutigen Verhältnisse nicht hinwegkommen. Das Statut muß uns nicht stören, sein, sein Verbandsbericht hat das Recht, über das Statut hinaus Experimente zu machen.

Mit eindrucksvollen Worten weisen die Redner der Vorstandspolitik darauf hin, daß die politische Zersplitterung nicht in die Verbandsarbeit hineingetragen werden darf. Es würde zwar gesagt, wir wollen die Zersplitterung nicht, aber das ist anfangs in der Partei auch gesagt worden, bis der Bruch da war.

Tiefen Eindruck macht auch die Rede des Danziger Verwalters, der die Schwierigkeiten unter dem neuen Regime schildert und warm für die Vorstandspolitik eintritt.

Einen ganz anderen Standpunkt nehmen Kellner-Düsseldorf, Götze-Bremen, Wendisch-Merleburg, Kaiser-Berlin ein. Diese stellen sich rückhaltlos hinter die Rede Brandels. Sie werden dem Vorstand niedrige Kampfweise vor und sprechen aus, daß es dem Vorstand anscheinend darauf ankomme, die Opposition aus dem Verband zu drängen. Das ließen sie sich aber nicht gefallen. Die Politik des Zentralvorstandes hat elend Schiffbruch gelitten. Der Vorstand will Diktator sein, das ist nicht mehr möglich in einer Zeit, wo alles in Bewegung ist. Alle Oppositionsredner betonen, daß sie sich nicht vom Verband trennen wollen, aber sie verlangen, daß im „Grundstein“ und im Vorstand ihre Meinung zum Ausdruck kommt. Nämlich es zur Spaltung, dann allerdings würden sie den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen. Der Zentralvorstand habe der Opposition gegenüber sich lässlich benommen und bewiesen, daß er aus der großen Zeit nichts gelernt hat. Diese Redner stellen sich geschlossen hinter den Bremer Verein, der sachlich im Recht sei, der Vorstand habe nur das Statut auf seiner Seite, nicht die Stimmung der Kollegenschaft.

Von den Rednern, die für die Vorstandspolitik eintreten, nennen wir u. a. Schwier-Winden, Friedrich-Göppingen, Ruff-Neulingen, Kothke-Mies, Fröhlich-Köln, Budel-Heilbronn, Brüll-Danzig ufm. Aus der weiteren Aussprache ist noch eine Rede von Sedert-Gemelnk erwähnenswert, der eine scharfe Anklage gegen den Vorstand schleudert, der die Zeichen der Zeit nicht versteht und mit Gewalt sich gegen das Neue stemmt. Aber, die Entwicklung wird es mit sich bringen, daß fast hundert auf diesem Verbandstag die über große Mehrheit auf dem nächsten Verbandstag auf seiner Seite stehen, auch Okerode-Berlin tritt mit kräftigen Worten gegen den Vorstand auf, spricht aber warm für eine Verständigung. Ruth-Köln dagegen verteidigt die Politik des Vorstandes, ebenso einige andere Kollegen. Fröhlich-Köln und 25 andere Kollegen bringen folgende Resolution ein:

Der Deutsche Bauarbeiterverband ist entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses parteipolitisch neutral.

Allen Mitgliedern des Verbandes steht es frei, einer Partei anzugehören, die ihrer politischen Überzeugung entspricht. Kein Verbandsmittglied darf wegen seiner politischen Überzeugung oder wegen politischer Handlungen ausgeschlossen oder sonstwie benachteiligt werden.

Der Verbandstag spricht aus, daß es wider die Neutralität verstößt, wenn Gelder des Verbandes oder Mittel, die im Namen des Verbandes aufgebracht werden, politischen Parteien überwiesen werden.

Weiter steht der Verbandstag auf dem Standpunkt, daß bei Befreiung von Kosten oder bei Wahlen innerhalb des Verbandes nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten ausgegangen werden darf.

G. Fröhlich.
Es ist bemerkenswert, wie auch am dritten Tage das Interesse des Verbandstages anhält. Von draußen laßt die Sonne mit ihrer ganzen Kraft des Matttages herein, drinnen im Saal aber lauschen die dreihundert Vertreter wie ein Mann den Rednern. In dem großen Saal ist eine bewundernswürdige Ruhe, die bei Reden wie bei Silberstein, Hüttmann, Sedert halten, zu einer feierlichen Stunde werden. Da mag es zu Widersprüchen und einzelnen Kundgebungen kommen, aber es geht doch ein Zug der Einigkeit, ein Zug des Verzeihens durch den Saal. Der unbefangene Zuhörer kann das Gefühl nicht los werden, solche Männer, an einem Strang ziehend, müßten Wunder wirken. Ist es nicht möglich, diese Kräfte nicht nur im Ziel, sondern auch im Wege zu einigen? Der Sedert gehört hat, wie manches kluge Wort von ihm kam, der wird sich sagen müssen, daß mit dieser Richtung eine Einigung möglich sein sollte in gewerkschaftlichen Dingen. Er wies a. B. nach, daß gerade sie es waren, die prinzipiell orientierte Kollegen wieder zurück brachten.

Das gleiche gilt von den Worten Silberstein oder Fröhlich; besonders Silberstein brachte das geistige Ringen wieder auf den rechten Weg zurück. Geistige Erneuerung klingt von ihnen und drüben und man stellt mit Freude fest, daß diese Augen Gedanken, die hier über die Lippen strömen, doch zeigen, wie die Zeit nach der Revolution die Arbeiterkraft getreu vorwärts gebracht hat. Sollte es nicht möglich sein, eine Brücke der Verständigung zu schlagen? Nach fünf Tage sehen dafür zur Verfügung, laßt sie nicht ungenützt!

Auf die vielen Einzelheiten Ausführungen können wir Platzmangels halber leider nicht eingehen, wir bringen einige typische Stimmen zum Abdruck, die den Gedankenang der Reden

Richtungen etwa zum Ausdruck bringen, im übrigen müssen wir eine Beschränkung in der Wiedergabe der Reden einhalten.
Kellner-Düsseldorf wendet sich gegen die Beamten und spricht zu dem Antrag Düsseldorf, Kapiow auszuscheiden. Seine politische Richtigkeit hat fast verschluckt. Auch in den Lohnfragen hat er versagt.

Götze-Bremen spricht hart gegen den Vorstandsvorsitz, der Bremen im Stich gelassen hat. Wir haben drei Mitglieder ausgeschlossen, weil sie zu den Kostgruppen gehörten, die unsere eigenen Kollegen haben erziehen helfen. Es sind die Produkte der Vorstandspolitik. Den Ausschluß haben wir wieder aufgehoben, weil wir eine Zersplitterung vermeiden wollten, die der Vorstand wohl gerne gesehen hätte. (Lebh. Widerspruch.)

Wendisch-Merleburg greift ebenfalls den Vorstand heftig an. Wir können keine politische Neutralität üben in der heutigen Zeit der fortwährenden Umbildung. Der Ausschlußantrag ist berechtigt, weil durch Kapitals Politik die Entwicklung des Verbandes gefährdet worden ist. „Freier Geist“ in der Organisation, das ist unser Kampfziel!

Kaiser-Berlin wendet sich gegen das Betriebsrätegesetz und gegen die Art, wie der Vorstand in der Berliner Lohnbewegung eingegriffen hat. Auch wir Berliner stellen uns rückhaltlos auf den Standpunkt der Bremer Kollegen.

Vielig-Weipzig verweist auf den Beschluß der sächsischen Regierung, die 2/3 der Verbandsunterstützung auf die staatliche Unterstüzung angerechnet wissen will.

Fröhlich-Köln: Unser Vorstand hat zwei Fehler: Erstens, daß er nicht allen Reuten recht machen kann und zweitens, daß er kein Wunder tut. Aber auch das hätte ihm nichts genützt, der, der vor 2000 Jahren mit fünf Broten 5000 Menschen satt machte, wurde am Ende auch gekreuzigt. Baplow kann sich aber nicht mit allen annehmen, ob sie an der Regierung, an der Spitze einer Partei oder eines Bezirkes stehen, über alle wird in Kraft von den Mitgliedern stehen, über alle wird in Kraft von den Mitgliedern stehen. Es gilt heute als eine Schande, wenn man seiner Überzeugung treu bleibt. Es gibt freilich viele, die den Mantel nach dem Wind drehen, für einen solchen charakterlosen Vorkind danken wir.

Brandels Rede hat gerade bewiesen, daß wir nur nach und nach vorwärts kommen, je weniger wir den Arbeitern Luftgebläse vorsetzen, umso besser für sie, umso ökonomischer die Entwicklung kommen, nicht mit allgemeinen Redensarten. Sorgen wir für sozialistische Maßnahmen in den Gemeinden und Bezirken, dann wird die praktische Sozialismus, ansonst alles Seil von oben zu erwarten.

Budel-Heilbronn: Opposition haben wir immer gehabt, heute dreht es sich aber darum, daß der Vorstand den Parteien gegenüber Neutralität wagt. Man kennt sich doch kaum mehr aus in der Vielheit der sozialdemokratischen Parteien. Die Opposition hat Kräfte ausgelöst, die eine unendliche Gefahr bilden. Man will keine Zersplitterung, aber das ist in der Partei auch gesagt worden, bis der meiste Bruch da war. Ich warne davor, mit Rücksicht auf die Vorgänge im Metallarbeiterverband, wo heute schon zu sehen ist, daß ein Wechsel der Parteien auch keine Besserung gebracht hat. Die Arbeitsgemeinschaften sind weder so gut, wie sie der Vorstand schildert, noch so schlecht, wie sie die Gegner machen wollen.

Wir wünschen alle die Erhebung der politischen Macht, nur die Wege sind verschieden. Heute müssen wir rechnen, mit dem was ist, heute steht uns noch die Selbstkraft, die wir brauchen, um Brandels Idealwelt herbeizuführen. Aber bleiben wir geschäftig, dann kann es uns an einer gesunden Entwicklung nicht fehlen.

Silberstein-Berlin verteidigt die Politik des Bundesvorstandes, die sich genau deckt mit den bisherigen Beschlüssen der früheren Verbandstage. Wir haben alle gleiche Ziele: nur der Weg ist unter uns verschieden. Der Verbandsleitung wird nachgesagt, sie wolle den Kapitalismus erhalten oder fördern. Das fällt keinem Menschen ein. Über alle die Methode, ihn zu stützen, darüber ist der Streit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind zur Volksgesundheit nicht reif. Durch Verordnung kann sie nicht einseitig werden. Auch wenn wir morgen die politische Macht hätten, müßte sich diese Regierung fragen, welche Zwecke sind reif, welche nicht. Darum dreht es sich aber. Wir kommen über die ökonomischen Verhältnisse nicht hinweg, diese bestimmen unsere Handlungen.

Eingehend schildert Silberstein die Schwierigkeiten der Sozialisierung. Tiefen Eindruck erregt er mit seinen Worten, die daraus folgen, über alle die richtigen Verhältnisse hinweg doch auf allen Seiten anerkennen, daß der gute Wille da ist, das Beste für den Verband zu fördern.

Hüttmann-Frankfurt a. M. redet eindringlich zur Verständigung und Toleranz auf beiden Seiten. Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt, über die Schlussworte werden wir im Zusammenhang berichten.

Zum gestrigen Bericht in der Rede Brandels ist beizufügen zu bemerken, daß durch den Bericht eines „Angehörigen“ der Sinn einer Stelle entstellt wurde. Es muß richtig stehen: In der Lohnfrage hat der Zentralvorstand nicht alle Wünsche berücksichtigt können. Wäre ich an der Spitze der Organisation, wäre es auch nicht anders (nicht: Die Politik war eine Niederlage, wäre ich an der Spitze usw.).

Aus der Partei.

5. Wahlkreis, Bezirk Karlsruhe-Land. Den Mitgliedschaften und förmlichen Orten im Bezirk zur Kenntnis, daß sofort die Versammlungskasselle und Angaben, wie viel Versammlungen in den einzelnen Orten abgehalten werden sollen, an den Unterzeichneten einzusenden sind, damit das weitere veranlaßt wird. Ebenfalls wird auch an dieser Stelle auf die Anhaltverbreitung hingewiesen; die Mitgliedschaften werden erucht, für pünktliche Verteilung unbedingt beizutragen.

L. Linder, Sogsfeld, Blankenlocherstraße 42.

Sogsfeld, 9. Mai. In der Arbeiterzeitung hat infolge unbedingten Wegbleibens eines Wortes zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Wir stellen fest, daß das in dem Bericht kritisierte Verhalten einiger Überredlichen und Podembergkollegen sich nicht auf Genossen bezieht, die zurzeit einer der sozialistischen Parteien angehören, sondern, daß es sich um ehemalige (dies Wort war verächtlich weggeblieben) Parteizugehörige handelt.

2. Durmersheim, 10. Mai. Sozialdemokratische Partei. Morgen Mittwoch, 12. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Krone“ eine Mitgliederversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Kleine Nachrichten.

Badische Landtagsmitglieder auf der Frankfurter Messe. Eine größere Zahl von Mitgliedern des badischen und bayerischen Landtages besuchte Ende letzter Woche die zweite Internationale Messe. Nachdem Dr. Sutter die namens des Reichstages begrüßt hatte, beschäftigten die Gäste eine Reihe von Reden. Gegen Abend besuchten die Gäste die Frankfurter Kunstmesse, welcher sie gleichfalls Beifall gaben.

Angst durch eine Handgranate. Nach Berichten aus Gené exp. oberte bei einer militärischen Festlichkeit eine Handgranate. Durch die zwei Soldaten schwer und drei Zivilpersonen leicht verletzt wurden.

Der Rückzug des badischen Bauernverbandes.

Mit großem Geschrei und in Ultimatumform forderten kürzlich die badischen Bauern die Verfestigung der Zwangsverpflichtung und verlangten von den politischen Parteien, daß die vom Bauernverband vorgeschlagenen Kandidaten an 1., 3., 5., 7. usw. Stelle auf die Liste der Parteien zu setzen sind, um so die Hälfte der Reichstagsitze zu erlangen.

Gestern mittag fand nun in der Festhalle in Karlsruhe eine aus vielen Gegenden des Landes besuchte Landesversammlung des badischen Bauernverbandes statt, in der zu den aufgestellten Forderungen Stellung genommen wurde. Trotzdem die politischen Parteien die Forderungen des Verbandes abgelehnt haben, bekommen die Herren Scheints Angst vor der eigenen Courage, denn wie die badischen Kleinbauern Scheibler, Langenheinrich und Landtagsabgeordneter Schöpffe-Langenheinrich verlünden will man nochmals mit den Parteien verhandeln und erst dann selbständig vorgehen, wenn sich die Verhandlungen zerschlagen sollten. In einem Flugblatt, das von einem „Freund der Landwirtschaft“ unterzeichnet ist, wird vor einem selbständigen Vorgehen und der Bildung einer politischen Partei gewarnt, u. a. mit dem Hinweis darauf, daß der „Vollstrecker“ über die Durchführung einer eigenen Bauernliste Bescheid habe, weil die Durchführung der berechtigten Forderungen der Bauern durch diese Zersplitterung in Frage gestellt werden.

Vorträge wurden auf der Tagung gehalten von Dr. Ludwig-Goffenheim über „Stellungsbewertung“, Oekonomierat Dr. Müller über „Die Bedeutung der Landwirtschaftskammer“, Pfaff-Denzlingen über „Die Aufhebung der Zwangsverpflichtung“. Der Redner bezeichnete die Veranstaltung als „Anfängerfeier der Landwirtschaft“. Er verlangte nach dem besten Mann wie Bismarck es gemeint, und hat hervor, daß alle Produkte, die der Städte brauche, vom Landwirt kommen, ja selbst das Zeitungspapier, mit dem die Bevölkerung „angelogen“ werde. Der Redner gab mechemals Proben seiner humoristischen „Auff“. In der Diskussion, die sich recht lebhaft gestaltete, wurde ganz energisch Front gegen die Zwangsverpflichtung gemacht und die Not der Landwirtschaft betont. Insbesondere wurden wieder trotz kräftiger Bemerkungen, von Herrn Scheibler einige Mängel in die gewöhnliche organisatorische Einseitigkeit geworfen. Den alten Organisationen, wie Bauernverein und Landw. Verein wurde vorgeworfen, daß sie nichts getan hätten. Auch die Regierung habe versagt. Verschiedene Resolutionen kamen zur Annahme, u. a. eine gegen die Zwangsverpflichtung, die lautet: Die Landesversammlung des B. B. V. verlangt die rechtliche Aufhebung der Zwangsverpflichtung mit Beginn des Jahres 1920. Sie ist damit einverstanden, daß das Protokolle und die Mittel unter Ausschaltung der Kriegsgesellschaften und Kommunalverbände direkt durch die landwirtschaftlichen Verbände an die Verbraucher geliefert werden unter Zustimmung zeitgemäßer Preise.

Aus dem Lande.

Kronau, 6. Mai. Zu der Aufschrift in der Nummer 162 unseres Landes vom 4. Mai teilt uns Herr Kaufmann Knebel mit, daß er das von ihm verkaufte Mehl als Gafemehl gekauft habe und es auch unter der Bezeichnung Gafemehl verkauft habe. Aus der uns vorgelegenen Rechnung für das Mehl ist zu ersehen, daß Herr Knebel das Mehl zu dem Preise von 7 M. veräußert hat. Die diesbezüglichen Bemerkungen unseres Verwalters sind also unrichtig.

Spätz, 5. Mai. Man schreibt uns: In Nr. 98 des „Vollstrecker“ wurde berichtet, daß zur Begrüßung der heimgekehrten Kriegsgesangenen auch die Gemeindevertretung eingeladen war, aber nicht erschienen ist. Dies ist nicht richtig. Die Gemeindevertretung war zu dieser Feier nicht eingeladen und konnte auch deshalb nicht teilnehmen. (Unsere Meldung war also irrtümlich. Aber wir meinen, zu solch einer Veranstaltung könnten die Herren Gemeindevorsteher auch erscheinen, wenn sie nicht hochförmlich eingeladen worden sind. D. Red.)

Stillingen.

Öffentliche Wählerversammlung. Die am morgen Mittwoch abend angeordnete öffentliche Wählerversammlung findet umhändelbar nicht statt und wurde dieselbe auf Samstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, verlegt. Lokal: Gasthof „Zur Sonne“. Unsere Parteigenossinnen und Parteigenossen seien hierauf besonders aufmerksam gemacht und ist es Pflicht eines jeden für zahlreichen Besuch der Versammlung in allen Wählerkreisen eifrig zu agitieren.

Aus dem Gemeinderat. Der Gemeinderat überträgt die Lieferung von zwei gebrauchten Fahrrädern mit Gummiunterstützung für das Stadtbauamt dem Karl Wimmer hier zu seinem Angebot. — Der Ausschluß des Anwesens des Vater Frank am Neuwiesentreiben an die Privatmarktleitung des Anwesens Vater wird genehmigt. — Der Gemeinderat beschließt, die Werbepreise der Stadt, Bodenkauf vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses in nachstehender Weise zu erhöhen: für ein Wohnenbad 1. Klasse auf 4,50 M., für 1 Wohnenbad 2. Klasse auf 3,50 M., für Krankenkasernenmitglieder auf 2,50 M., für 1 Brausebad auf — 75 M., für 1 Schwimmbad mit Ankleideraum auf 2. — M., für 1 Schwimmbad ohne Ankleideraum auf 1. — M., für 1 Schwimmbad ohne Ankleideraum für Kinder und Schüler unter 15 Jahren auf — 50 M. Außerdem werden die Jahresbeiträge der Realschule und des Lehrerseminars für Benutzung der städt. Bodenkauf entsprechend erhöht. — Die bei der Nat. Schreiberei zu besetzende Maschinenschreiberstelle wird dem Kriegsbeschädigten Max Binow hier übertragen. — Ludwig Breisinger und Gustav Kappler werden als Schulleute eingestellt und die zu besetzende zweite Ratsherrstelle dem Schumann Biffinger übertragen.

Durach.

Sozialdemokratische Partei. Heute abend 1/8 Uhr Zusammenkunft der Bezirksoberleute im „Lamm“. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Das Konzert des „Sängerbund Vorwärts“ am letzten Samstag abend in der Festhalle hatte sich eines sehr starken Besuches zu erfreuen und um es gleich vorweg zu sagen, es darf als erste Derartige Darbietung des Vereins nach dem Kriege als durchwegs gelungen und als eine auf sehr beachtlicher Höhe stehende künstlerische Leistung bewertet werden. Schönen und Chor gaben ihr Bestes, um dieses Resultat zu erzielen, wozu, soweit die Chöre in Betracht kommen, die energische und verständnisvolle Direktion des Herrn Chorleiters Willi Giffle r nicht unmaßgeblich beitrug. An Stelle der im Programm genannten, inzwischen aber erkrankten Pauline Paula Schmidt sang Fräulein Anny Käfer eine Arie aus der Oper „Das Glöckchen des Eremiten“ und einige Lieder von Meyer und Schubert unter sehr lebhaftem Beifall, während das Vereinsmitglied Herr Kretschmar als Begleitist das bekannte Lied „Die Uhr“ von Löwe, sowie das Lorvingische „Was mag das für ein Ding wohl sein“ aus „Urbine“ vorzüglich in Aussprache und Tongebung, nach ihrem Gefühl jedoch mit einem zu geringen stimmlichen Aufwand zum Vortrag brachte. Sehr große Aufmerksamkeit und starken Beifall fanden die recht wirkungsvoll gespielten Violin- und Violoncellstücke von dem Landestheater. Vorzüglich durch Fräulein Mettenberger. — Daran anschließend fand die Führung einiger Mitglieder für 25jährige Mitgliedschaft statt und schließlich noch kleiner Ball.

Nur bis 16. Mai liegen die Wählerlisten auf. Bitte sich jeder, nachzusehen, ob er in derselben steht und Sorge für Eintragung, denn Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen!

Aus der Stadt.

Die Tarifverhandlungen im Karlsruher Groß- und Kleinhandel abgebrochen.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Bekanntlich wurden die Tarifverhandlungen im Groß- und Kleinhandel vor kurzem abgebrochen. Der Zentralverband und die übrigen Angestelltenverbände ruhen jedoch nicht, sodas am vergangenen Samstag die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden. Aber auch diesmal scheiterten die Verhandlungen trotz ihrer vierundzwanzigstündigen Dauer und sehr erregten Debatten, weil die Arbeitgeber in einem ultimativen Charakter tragenden Angebot nur 10-15 Proz. auf die März-Gehaltsbefugnisse der männlichen Angestellten des Handels ausstiegen wollten. Dies würde für dieselben eine Verflechtung von 19-31 Proz. gegenüber den Bezügen der Kollegen von der Industrie bedeuten, während die weiblichen Angestellten sich um 10 Proz. minder stellen würden, wogu für die Orte des Handelskommerzbezirks Karlsruhe mit Ausnahme von Karlsruhe, Durlach und Ettlingen ein weiterer Abzug von 15 Proz. vorgezogen ist. Es lag deshalb in der Hand und im Ansehen der Verbände, das dieses miserable Angebot, das einer Herausforderung der Angestellten gleichkommt, mit dem Abbruch der Verhandlungen beantworteten. Der Schlichtungsausschuss wird sich nächster Tage mit der Sache beschäftigen und die Angestellten werden dann zu dem Ergebnis Stellung nehmen.

Sozialdemokratischer Verein - Bezirk Oststadt. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr findet eine wichtige Zusammenkunft im „Großherzog Friedrich“, Gellertstr. 7, statt. Parteigenossen und Genosseninnen, ersuchen wir, es gilt die endgültigen Vorbereitungen zur Reichstagswahl zu treffen. Bringt Freunde und Bekannte mit, welche sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, auch „Vollstrecker“ sind freundlich eingeladen.

Sozialdemokratische Partei. - Bezirk Südpark. In der Versammlung, die morgen (Mittwoch) abends 8 Uhr im „Bähringer Löwen“ stattfindet, spricht Gen. Müller. Bedenkt aus Karlsruhe über die Landwirte in sozialistischen Staat. Dieses sehr interessante Thema dürfte unsere Genossen lebhaft interessieren; es ist deshalb ein guter Besuch zu erwarten. Auch Gäste haben Zutritt.

L. Hausangestellten-Verein. Heute abends 8 Uhr im „Georg Friedrich“ Versammlung aller Hausangestellten, Putz-, Wasch- und Wäschefrauen der Oststadt. Persönliches Erscheinen wird erwartet.

Errichtung eines Elektrizitätswerkes im Albtal. Die Stadt Karlsruhe beabsichtigt die Errichtung eines Kraftwerks zur Ausnützung der Albtwasserkräfte. Das Staubecken soll bei Frauenau angelegt werden. Auch die Ettlinger Industrie und die Albtgemeinden sollen sich an dem Projekt beteiligen, dessen Baukosten lt. „Mittelbad. Kurier“ auf 20 Millionen geschätzt werden.

Zur bevorstehenden Milchpreiserhöhung wird in einer amtlichen Pressemeldung mitgeteilt, die Meldung, wonach der

Den Wiedereintritt des Friedenszustandes gemäß § 32 des Kriegseisengesetzes betr.

Auf Grund des § 23 des Gesetzes über die Kriegseisleistungen vom 18. Juni 1873 (Reichsgesetzbl. S. 129) werden die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu Kriegseisleistungen in Anspruch Genommenen aufgefordert, ihre Ansprüche auf Vergütung alsbald anzumelden, soweit dies nicht bereits geschehen ist.

Es sind anzumelden die Ansprüche a) Leistungen nach § 3 Ziffer 1 bis 5 und § 23 des Gesetzes beim zuständigen Bezirksamt,

b) für Leistungen nach § 25 des Gesetzes bei der Eisenbahnabteilung des Reichsministeriums in Berlin,

c) für Leistungen nach § 3 Ziffer 6 und § 25 des Gesetzes bei der Abteilungsleiterstelle des früheren 14. Armee-Korps in Karlsruhe.

Die Anmeldungen müssen binnen einer mit dem Tage der Ausgabe dieses Blattes beginnenden Ausschlußfrist von 1 Jahr drei Monaten bei den unter a bis c bezeichneten Behörden vorliegen. Die von den Gemeinden in Anspruch Genommenen haben ihre Ansprüche bei diesen Gemeinden innerhalb einer mit dem Tage der Ausgabe dieses Blattes beginnenden Ausschlußfrist von einem Jahre anzubringen. Mit dem Ablauf der vorgenannten Ausschlußfristen erlöschen die nicht angemeldeten Ansprüche.

D. S. 157. Karlsruhe, den 20. April 1920. 1241. Bad. Bezirksamt.

Badisches Landestheater. Dienstag, den 11. Mai 1920. 1244. Salome. Drama in einem Aufzuge von Richard Strauß. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.

Damen-Schneiderin nimmt noch einige Stunden für Anfertigung einfacher und feiner Damen-Garderobe an. 1139. Morgenstraße 51, vorerter.

ALUMINIUM Kochgeschirre und Haushaltsgegenstände. Und die besten und dauerhaftesten für Gegenwart. - Hygienisch einwandfrei. - Keine schädlichen Verbindungen wie bei Kupfer, Messing etc. - Keine gefährlich giftige splitter wie bei Emaille.

Sie kaufen vorteilhaft im Aluminium-Spezial-Geschäft von G. Nürnbergger KARLSRUHE L. B., Waldstraße 26 neben Residenz-Kino. 2648

Stimm-behwerden 3195 entstehen meist durch falschen Stimmgebrauch und sind bauernd nur durch richtigen Stimmgebrauch heilbar.

P. Pashen. Karlsruher L. B., Albtstraße 25. Fernruf: 3709. Sprechstunden: Lehrer für Stimmpflege und Sprechstunde. Wa. u. Do. 3-4.

Tüchtige Bruchstein-Maurer (Graviti) für Baustellen im badischen Oberland gesucht. Meldungen im Büro, Gebirgsstraße 9. 3329

Durlacher Anzeigen. Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Durlach. Am Himmelfahrtstag, den 12. Mai 1920, veranstaltet unsere Ortsgruppe, eine allgemeine Kinderwanderung 3614 über Auc, Bollschweier, Grünmetterbach, nach der schön gelegenen Badewiese und laden hierzu unsere Mitglieder, sowie die Eltern und Kinder der hiesigen Angestellten und Arbeiterfreunde ein. Sammelplatz bei der neuen Post um 6 Uhr morgens. Abmarsch 6 1/2 Uhr von da. Für gute Führung und Unterhaltung ist behutsam Sorge getragen. Bei ungenügender Witterung wird die Wanderung verschoben. Essen und Trinken nicht vergessen. Siehe auch Lokaler Teil. Die Ortsgruppenleitung.

Kohlen-Ausgabe. Die bei Emil Saher eingetragenen Kunden können am Mittwoch, den 12. Mai 1920, ein Zentner Anthrazit-Rohkohlen II zum Preise von 24.15 M. je Zentner, ein Zentner Schmelzkohle zum Preise von 20.75 M. und ein Zentner Brechkohle III zum Preise von 25.80 M. ab Lager Kelterstraße 12 erhalten. Zufuhr vors Haus 0.80 M., frei Keller 1.30 M. je Zentner mehr. Ueber Mengen, die nicht innerhalb 3 Tagen zur Zufuhr bestellt oder abgeholt sind, kann anderweitig verfügt werden. Vor der Ausgabe sind die alten Kohlenhefte, die mit dem 1. Mai ungaltig geworden sind, bei der Ortsstellenstelle (Stadt-Gewerk) gegen neue Hefte umzutauschen. Die Größe der Wohnung (Zimmerzahl) ist dabei anzugeben. Durlach, den 11. Mai 1920. 1249. Ortsstellenstelle.

Brennholz-Ausgabe. Von Freitag, den 14. Mai ab wird an die Zufuhr von roten Brennholzmarken der Gruppen I, II und III 4 Zentner feinstes Schichtholz im Maßt. Gabelwert ausgeben. Zufuhr vors Haus 0.80 M., frei Keller 1.30 M. je Zentner mehr. Durlach, den 11. Mai 1920. 1251. Ortsstellenstelle.

Fett-Verforgung. Für die laufende Woche wird in der hiesigen Fettvertriebsstelle 100 kg Margarine auf die Marke Nr. 24 abgegeben. Preis pro Pfund 12.50 M. Das Fett ist von morgen (Mittwoch) ab in den betr. Geschäften erhältlich. Durlach, den 11. Mai 1920. 1252. Kommunalverband Durlach-Stadt.

Bruchtaler Anzeigen. Eier-Verforgung. Wir machen die hiesigen Hühnerhalter, die mit der Ablieferung der Eiern noch im Rückstand sind, darauf aufmerksam, daß die Ablieferung bis spätestens 1. Juni d. S. erfolgt sein muß. Bruchtal, den 10. Mai 1920. 126. Stadt. Verant.

Zahn-Praxis. Ich habe mich hier als Dentistin niedergelassen. Uebe ab 15. April 1920 meine Tätigkeit vorläufig im Hause Kaiserstrasse Nr. 99, 2. Stock, aus. Sprechstunden: vormittags 9-1 Uhr nachmittags 3-6 Uhr Sonntags nur bei Voranmeldung vormittags 11-12 Uhr. Bin zur allg. Ortskrankenkasse zugelassen. Bruchsal, im April 1920. Rosa Isenmann, Dentistin. Telephon Nr. 345.

Rastatter Anzeigen. Die zum Bezug des Bürgerrechts berechtigten Bürger und Bürgerinnen, welche von hier abwesend waren und in der Zeit vom 23. April 1919 bis dahin 1920 wieder hierher zurückgekehrt sind, werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 10 Tagen an dem Rathause - Zimmer Nr. 10 - anzumelden. Diejenigen, welche in der gegebenen Frist ihre Anmeldung unterlassen, werden bei Aufstellung der Bürgerrechtsverzeichnisse - Liste für das Jahr 1921 nicht berücksichtigt. Rastatt, den 30. April 1920. 1246. Das Bürgermeisteramt.

Kartoffel-Ausgabe. Am Mittwoch, den 12. ds. Mts. für diejenigen Familien und Einzelpersonen, die ihren Bedarf an Kartoffeln zu beziehen angemeldet haben. Jede Person erhält 80 Pf. à 35 Pf. Bezugsberechtigt sind die Haushaltsbesitzer L bis Schilf. Rastatt, den 10. Mai 1920. Kommunalverband Rastatt-Stadt. -Vbl. Kartoffelverforgung -

Rechtsauskunftsstelle des Gewerkschaftskartells Rastatt. Die Sprechstunden der Rechtsauskunftsstelle finden jeden Mittwoch nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt. 1248

Landesmilchschuss im Ministerium des Innern vorgezogen habe. Den Erzeugerpreis für Vollmilch auf 1.50 M. festzusetzen, sei unrichtig. Tatsächlich habe der Landesmilchschuss einen Erzeugerpreis von 1.20 M. vorgezogen. Wir halten die Mitteilung über die Festsetzung des Erzeugerpreises auf 1.50 M. dem Organ des Verbandes bad. landw. Genossenschaften entgegen.

br. „Freie Bahn dem Tüchtigen.“ Unter dieser Spitzmarke ging durch die hiesigen Blätter ein Artikel der sich mit der Befestigung der Stelle des 2. Grundbuchbeamten in Karlsruhe beschäftigte. Es wird in dem Artikel darüber geflagt, das es dem Stadtrat nicht möglich war, diese Stelle durch den Obersekretär Kreuzwieser zu besetzen, weil sich das Justizministerium dagegen freudete. Die Entscheidung des Justizministeriums sei unter den heutigen Verhältnissen nicht zu verstehen. Der berechtigste Sinn des Grundgesetzes „Freie Bahn dem Tüchtigen“ sei der, das nicht Formalen, sondern die erwiesene Tüchtigkeit den Ausschlag geben sollen. Diesen Ausführungen kann jeder Beamte zustimmen, besonders aber der, dessen Arbeitskraft geschätzt und voll ausgenutzt wird, der aber früher nicht die Gelegenheit hatte, seine Leistungsfähigkeit anlässlich Bestempeln zu lassen. Solche Beamte befinden sich auch beim Grundbuchamt Karlsruhe. Wenn nun die maßgebende Persönlichkeit an eigenen Leib verspürt, wie unvorteilhaft die Befestigung der Stelle des 2. Grundbuchbeamten in Karlsruhe ist, wird sie wohl nicht mehr den Hemmschuh bilden wollen für nachgeordnete Kollegen. Auch dem Prominenten gilt: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem Andern zu!“

Landestheater. In der Mittwoch dieser Woche stattfindenden Erkaufführung der „Marquise von Arles“, Schauspiel in fünf Aufzügen nach Diderot von Sternheim, spielt von längerem Krankein genesen, Ruth Linke die Titelrolle. Die großen Aufgaben der Marquise von Sommerode und des Marquis von Arles liegen in den Händen von Melanie Ernath und Robert Bärner. Gefe Noorman stellt die kuppelrische Mutter der späteren Marquise dar. Die Bühnenelaboration der ersten Abte ist nach einem Entwurf des künstlerischen Beirats Kurtbard hergeleitet. Regie: Felix Baumhau.

Wo hat die Fehde? Der Fehdehahn Heinrich Perlebach aus Bruchsal hat am Samstag im Vorhof in Forstheim zwei von seinem hier wohnhaften Dienstherrn abgefechtete Fehde in Empfang genommen, die er an die Tüchtigen Hagenhieser abliefern sollte. Seitdem ist Perlebach mit den Fehden verflochten. Es handelt sich um einen braunen Wallach, 5 Jahre alt, einen Fuchswallach, 6 Jahre alt, schwarzen Schlags im Werte von 22000 M. Auf die Verbringung der Tiere ist vom Geschädigten eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Wegen Salzvarianzung wurden ein Chemiker, ein Elektroarbeiter und ein Kaufmann hier verhaftet. Bei den Genannten konnte für 80000 M. Salzvarianz beschlagnahmt werden; ferner wurde verhaftet ein Metzger aus Weingarten wegen Salzhandels mit Fleisch, 25 Pfund Salzfleisch, das vermutlich aus Schwarzschlachterei herbeigeführt wurden beschlagnahmt.

m. Sonderzüge zum Länderspiel Süddeutschland-England. In dem Länderspiel Süddeutschland - England am nächsten Donnerstag - Christi Himmelfahrt - in Forstheim teilnehmen von Stuttgart und Karlsruhe aus besondere Züge.

Schulleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktionen und Rechts Nachrichten Hermann Kadel; für Vordrucke, Post, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Vertriebs Josef Ehler; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Valuta-Bericht vom 10. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute wiederum etwa 11 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 18.65 M per holl. Gulden; Schweiz etwa 8.95 per schw. Fr.; England etwa 193 M per Pfund Sterling; Frankreich etwa 3.21 M per frz. Fr.; New York etwa 50.50 M per Dollar.

Das Ago-System

entstand durch die Erfindung des Atlas-Schuhmitt D. N. P.

Die Substanz besitzt die wunderbare Eigenschaft, Leder und alle Schuhwerkstoffe zu einem garantiert wasserunlöslichen Ganzen dicht und dauerhaft wie aus einem Guß bestehend zu verbinden. Es gibt nichts, was die Haltbarkeit beeinträchtigen könnte, sei es Kälte, Hitze oder Hitze. Der Atlas-Schuhmitt resp. das Ago-System bedeutet in der Schuhherstellung oder Reparatur das gleiche, wie das autogene Schweißen in der Eisenindustrie, das Löten im Blechgewerbe oder der Eisenbeton im Bauhandwerk.

Seine Erfindung ist eine Tat von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, die bei Fachleuten, bei Laien und insbesondere auch bei den Behörden das allergrößte Interesse verdient.

Das „Ago-System“ ist ein entscheidender Fortschritt gegenüber aller bisherigen Schuharbeit überhaupt. Es eignet sich für alle Sorten und Qualitäten zugleich und steigert die Menge der Arbeit in rapider Weise, ein System, das seinen Unterschied kennt zwischen alter und neuer Arbeit, zwischen der billigen und teuren.

Triumph der Vollkommenheit

Es gab eine Blütezeit der gewerblichen Kunst, gegen die aber in den letzten Jahren ein furchtbarer Raubbau getrieben wurde. Sichtlich dieses bedarf es wohl keines besonderen Beweises, daß die Veredelung jeder Arbeit und besonders der Schuharbeit heute eine nationale Pflicht geworden ist. Jedes ungeschickte oder schlechte Schuhwerk oder ebenso bearbeitete Leder läuft praktisch auf nutzlose Verfertigung unserer knappen Bestände und damit auf Verfündigung an unseren Volksgenossen hinaus.

Hier mit einem Schläge Wandel zu schaffen, ist nicht zu bezweifeln, wie das „Ago-System“, da es im weitestmöglichen Maße die Veredelung aller wichtigsten Schuharbeiten, sei es Neuherstellung oder Reparatur, bedeutet. Schuhwerk, das nach den bisherigen bekannten Methoden überhaupt nicht mehr reparaturfähig ist, wird bei Anwendung der neuen Methode mit Leichtigkeit wieder zu weit hergeleitet, das es nach lange getragen werden kann. Dabei bekommt es eine Wasserdichte, wie es solche am neuen Stiefel nicht aufzuweisen gehabt hat. Schadhafte Oberlederstellen werden mittels Atlas-Mitt fast unsichtbar ausgebessert, die reparierte Stelle wird halt besser noch wie neues Leder.

An den in Deutschland gelagerten etwa 50 000 unretarierbaren Schuhwaren anzuwenden, würde neben der riesenhaften Schuhwerk- bzw. Lederersatzindustrie zugleich noch über eine Million Mark Nähfabrik-Gewinn einbringen, nicht zu reden von den vielen übrigen Rohstoffen. Schon nach ganz vorläufiger Schätzung ergeben die gesamtamtlichen Einsparungen 3824

Wasserstand des Rheins.

Schulterinsel 202 Ztm., gest. 8 Ztm., Neßl 206, gest. 5, Magaz 46b, gest. 1, Mannheim 374, gest. 2.

Öffentliche Lehrer-Versammlung

im „Städt. Konzert-
haus“ in Karlsruhe

am **Mittwoch, den 12. Mai 1920, nachmittags 3 Uhr.**
„Stellungnahme zur Besoldungsfrage“.

Lehrer und Lehrerinnen aller
Kategorien, erscheint in Massen!

BADISCHER LEHRER-BUND.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Am **Freitag, den 14. Mai, nachm. 5 Uhr**

Versammlung
der **Bauschlosser u. Schmiede**

in der „Gambriunshalle“, Erbprinzenstraße. Die
Tagesordnung wird im Vorfeld bekanntgegeben. Es
ist Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen.

3513

Die Branchenleitung.

Freie Turnerschaft Karlsruhe
e. V.

Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des „Mühlens Krug“

21. Stiftungs-Fest
der **Turnerinnen-Abteilung**

unter Mitwirkung von Hermann Lindemann (Tenor)
vom Bad. Landestheater und des Musikvereins
„Harmonie“.

Nach Schluss des Programms **Ball.**
Eintritt mit Programm Mk. 1.50. — Vorverkauf:
Oststadt zum „Georg Friedrich“, Südstadt zum
„Auerhahn“, Mühlburg zum „Hirsch“.



Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrtstag),
findet unter

Mai-Ausflug mit Musik

Ratt. Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst
Familienangehörigen freundlichst ein.
Zusammenkunft morgens 8 Uhr vor dem Landes-
theater (Schloßplatz). Wandborrat ist mitzunehmen.

3528

Der Vorstand.

Geschäftliche Mitteilung

Meiner werten Kundschaft teile
ergebenst mit, dass ich mich mit
meinem Bruder Ludwig associat
habe. Es wird unser gemeinsames
Bestreben sein, das meinem
Vater und mir entgegengebrachte
Vertrauen weiterhin zu erhalten

Hochachtung

Herm. Guggenheim

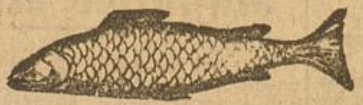
Die jetzige Firmen-Bezeichnung lautet:

H. & L. Guggenheim

An- und Verkaufs-Geschäft

Markgrafenstr. 25, Telefon 4971.

3517



Städt. Fischhalle

im Sallenwäldchen.

Fortsetzung des Fischverkaufs **Dienstag und Mittwoch**

Schellfische, Kabeljau und Selsachs das Pfund Mk. 3.50

Ein kleines Quantum Lengfische " " " 3.20

" " " Schollen " " " 4.20

Fischköpfe, sehr fleischig, soweit Vorrat " " " -50

Verkaufszeit: 8-12 Uhr vormittags und 3-5 Uhr
nachmittags. Packmaterial mitbringen. Die Lebens-
mittelausweiskarte ist vorzuzeigen.

1242

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Im Hundezwinger des
städtischen Wajenmeisters,
Schlachthausstr. 17, (zwi-
schen Kaserne und Eisen-
bahn) befinden sich nach-
stehende herrenlose Hunde:
1. Doherrmann, männl.,
1. Bischofshof, weibl.,
1. Bieleben werden, falls
sie nicht innerhalb 3 Tagen
vom Eigentümer abgeholt
sind, getötet bzw. ver-
steigert. 1243.
Karlsruhe, 10. Mai 1920.
Städt. Schlacht- und
Wahhofamt.

**Wald-
edeldenkende**

Familie überläßt jungen
Ehepaar, möglichst unabh.,
2 bis 3 Zimmer
Preis Nebenache. Of-
fenen erbitten an das Volks-
bildungsamt unter F K 13.

Verein Volksbildung

Karlsruhe.

Freitag, den 14. Mai, abends 7 Uhr, findet
im Landestheater eine Vorstellung für unsere
Mitglieder statt, und zwar: „Flachmann als
Erzieher“. Preise der Plätze von 30 s bis
2.- M. Die Eintrittskarten für unsere per-
sönlichen Mitglieder werden **Mittwoch, den**
12. Mai von nachmittags 1/2-6 Uhr in der
Kassenkassette, 67 ausgegeben, wenn noch Vorrat
Donnerstag von 10-11 Uhr. Mitgliederkarten
sind vorzuzeigen, ferner ist abgezahltes Geld
mitzubringen.

Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung.



Gesang-Verein „Badenia“.

Am **Christihimmelfahrt**

**Mai-
Ausflug.**

Abmarsch vom „Tivol“,
Rappurstr., morgens 8
Uhr. Wanderung über
Hohwetterbach, Lomas-
hof, Schillingen, Grödingen,
Bon- & Mör ab, im „Eh-
wien“, Grödingen, ge-
sellige Unterhaltung mit
Tanz. Wandborrat mit-
nehmen. Wir laden die
berechtl. Mitgl. höfl. ein.
Sonntag, den 16. Mai,
morgens 11 Uhr, im
Sokal, Entfaltung der
Gedanktabelle für die Ge-
fallenen. 3520

Der Vorstand.

Emilfert. Herd

mit Anlag für Gas
verkauft preiswert
H. & L. Guggenheim
An- u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstr. 25
Telef. 4971. Telef. 4971.

Schloss-Hotel Karlsruhe

1. Mai 1920

Neuer Inhaber: **C. WÄLDE** bisher Besitzer des Schloß-Hotels
Hornberg im Schwarzwald

Verband der Buchbinder u. Papier- verarbeiter (Zahnst.)

Mai-Ausflug
am Himmelfahrtstag, morgens 9 1/2 Uhr Abmarsch
Treffpunkt Tivol.

3518 Die Ortsverwaltung.

Unterricht

in großer Auswahl
verkauft billigst
H. & L. Guggenheim
An- u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstr. 25
Telef. 4971. Telef. 4971.

Blindenarbeit!

Sortierhaftes Geschenk
für die Hausfrau
Haarstaubbejen
aus vorzüglichem Schweif-
haar zu haben. 1001
W. Boos, Viktorialstr. 6.

Brunnenbohrungen

jeder Art werden solid angeführt
Josef Kaas, Infiltration
S. Rappur 3300 Telefon 1840.

Cumpen Papier Felle

Roßhaare, Metalle, Eisen,
Keller- und Speicherkram
kauft: **F. Ernst**
Kaiserstr. 26, Tel. 3481
für Händler Vorzugspr.

Herren-Stärke- Wäsche.

Kragen 60 s
Manchettchen 80 s
Vorhemden 80 s
Kragenwäscherei Diener.
Annahmestellen:
Bieland, Ludwig-Wil-
straße 21
Gölg, Durlacherstraße 81,
Laden
Gärtner, Schützenstr. 53,
Laden
Reimer, Gartenstraße 62,
Laden. 3511

Schmucksachen Pflanzschemen

werden stets angekauft in
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Frühjahrs-Neuheiten

in hervorrag. schöner Auswahl

- Jacken-Kleider ::
- Tailen-Kleider ::
- Frühjahrs-Mäntel
- Seidene Mäntel :
- Seidene Jacken :
- Strick-Jacken ::
- Seidene Blusen :
- Wollene Blusen :
- Wasch-Blusen ::
- Blusen-Röcke ::

M. Schneider
Inhaber: **H. Kahl**
Erdprinzenstr. 31 Ludwigplatz.
3522

Keine Wanze mehr.

Kammerjäger
Berg's
Radikalmittel
„Nocodol“ - Erfolg verblüffend. - Real. Vertilg
Beste Zeit z. Brutvernichtung.
Kinderleicht anzuwenden. Altbewährt. Doppel-
pack Mk. 4.50. Verkauf bei Droz. O. Fischer,
Karlstr. 71. Droz. H. W. Lang, Kaiserstr. 24. 3523
Bitte ausdrücklich nur Nocodol zu verlangen.

Moh. Tintelott Karlsruhe
Amalienstr. 43
Kasernenstr.-Hohschloßerei
mit elektr. Betrieb
Sollinger Stahlwaren.
Tel. 4182

Vereinsbank Karlsruhe

e. G. m. b. H.
Wir bitten um Einreichung der Einlage- und Spar-
bücher zwecks Abrechnung, wobei auch die Auszahlung der
Dividende auf die vollen Geschäftsanteile erfolgt.
Der Vorstand. 3494

Stadt. Vierordtbad.

Versch. Kurbäder:
Halb-, Sitz-, Fuss-
u. Wechselbäder.
Duschen, Wickel
(Packungen) und
Massagen. Lampen-
u. Heißluft-
kastenbäder etc.
Damenbadezeit:
Montag und Mitt-
woch vormitt. von
9-1 Uhr u. Frei-
tag nachmitt. von
2 1/2-7 1/2 Uhr.
Herrenbadezeit:
alle übrige Zeit.
An Sonn- u. Feiert-
agen geschlossen.

Wichtia! Wichtia!

Zentralverband d. Angestellten
Bezirk Karlsruhe.

Sachgruppe Groß- und Kleinhandel.
Mittwoch, den 12. Mai, abends 1/2 8 Uhr, im
„Elefanten“, Kaiserstraße

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem Ab-
bruch der Tarif-Verhandlungen und unsere
weiteren Maßnahmen.“
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung
ist vollständiges Erscheinen gewerkschaftliche Pflicht.

Vertrauensmänner- Zusammenkunft

Dienstag, den 11. ds. Mts., abends 6 Uhr,
in der „Goldenen Krone“, Amalienstraße, Cafe
Douglasstraße. Keiner darf fehlen. Jeder Betrieb
hat mindestens einen Vertreter zu entsenden.
Die Sachgruppenversammlung fällt aus.
am Dienstag, den 11. Mai 1920
Die Ortsverwaltung.

Unabhäng. Sozialb. Partei.

Am **Mittwoch, den 12. Mai, abends 1/2 8 Uhr,**
finden in folgenden Orten

Wählerversammlungen

3530
Hatt. : „Grüner Hof“, Referent: Hobbe-Berlin
Ettlingen: „Zur Sonne“, Referent: Hättmann-
Frankfurt, früherer Reichsbauordner.
Hagsfeld: „Zum Bahnhof“, Referent: Wenschel-
Metzberg.
Seiertheim-Bulach: „Zum Goldenen Aben“,
Referent: Göbe-Bremen.
Daglanden: „Zum Lamm“, Referent: Dennyhard-
Reipzig.
Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint zahlreich
in diesen Versammlungen!
Die Ortsleitung.

Haus- und Küchen-Mädchen

für Wirtschaftsbetrieb
zum sofortigen Eintritt 362
gesucht.
Lohn Mk. 125.— bei freier Station.

Städt. Arbeitsamt

Sachst. für das Hotel- und Wirtsch.-Gewerbe
Bähringerstraße Nr. 98 (Erdgeschoss).

Waschanstalt-Einrichtung

samt Maschinen, komplett, sofort zu verkaufen.
Anfragen zwischen 4 und 6 Uhr an 3526
H. Saffir, Luisenstraße 50, 3. Stod.

Atlas-Schuhkitt

Deutsches Reichs-Patent.
In Ihrem eigenen Interesse achten Sie beim Einkauf eines
Lederkittes genau darauf, daß Sie dem allein echten patentier-
ten Atlas-Schuhkitt erhalten. Sie bewahren sich vor Täuschun-
gen und Schaden. Für den Erfolg meines Lederkittes leiste
ich die weitgehendste Garantie und zahle anstandslos wieder
das Geld zurück, wenn der Erfolg ausbleiben sollte. Als lang-
jähriger Schuhfabrikations-Fachmann, Werkstätten-Vorsteher
und Betriebsleiter kann ich auf Grund der Erfahrung offen
kundtun, daß der Atlas-Schuhkitt D. R. P. für jeden Fuch-
mann wie auch für jeden Laien eine interessante nutz-
bringende Erfindung ist.
Eugen Leonhardt, Direktor des Süddeutschen
Ago-Betriebs.
Karlsruhe, Waldstrasse 13.

Verkaufsstellen:
in der Weststadt: Apotheker Gottlieb Ellinger, Westend-
Drogerie, Kaiser-Allee; Fritz Reis jun., Schwarzwald-
Drogerie, Solienstrasse 123;
in der Südweststadt: Otto Fischer, Fidelitas-Drogerie,
Karlstrasse 71;
in der Südstadt: Apotheker Hans Reichard, Engel-Drogerie,
Werderplatz 4; Fritz Reis, Drogerie, Luisenstrasse 68.
in der Oststadt: Georg Jakob, Ostend-Drogerie, Ludwig-
Wilhelmstrasse 81.
in Mühlburg: Schuhhandlung Fr. Baumann, Rheinstr. 68.